

Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik



1. Juli in München: 1500 Menschen demonstrieren gegen das „Integrationsgesetz“ der CSU

- *Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern: Wahlnachtbericht von Horst Kahrs – S. 4*
- *Türkei: Erdogan und AKP-Regierung wollen sich der Opposition in Kurdistan entledigen – S. 8*
- *Schweinfurt: Proteste gegen Gymnasium-Schließung – S. 12*
- *Flexibel und fair: Das neue Arbeitszeitsystem bei Deutz Köln – S. 17*
- *Widerstand gegen das bayerische Integrationsgesetz der CSU: „Verfassungsklage dringend geboten“ – S. 19*

Ausgabe Nr. 9 am 15. September 2016, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK
– ERSCHEINT ZWÖLFMAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Rüdiger Lötzer, E-Mail: ruediger-loetzer@onlinehome.de – Alfred Küstler, Tel.: 0711-62 47 01, E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Thorsten Jannoff, Tel. 0209/81 53 43 oder 0178/2 87 75 71, E-Mail: t.jannoff@web.de

Diskussion / Dokumentation: Martin Fochler, Eva Detscher E-Mail: pb@gnn-verlage.de
In & bei der Linken: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de

Letzte Seite: Alfred Küstler, E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com.

Onlineredaktion: Jonas Bens, jonas.bens@gmx.de

Die Mitteilungen der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4,00 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabo kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln
Abos: Alfred Küstler, Tel.: 0711-624701. Email: stuttgart@gnn-verlage.com

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- o 1 Ausgabe für 5 € (beilegen) zum Kennenlernen
- o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)
- o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)
- o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Kommunalwahlen in Niedersachsen

SPD und Grüne schwächer, Linke mit Zuwachs – Rechtsverschiebung des politischen Lagers

24 Stunden nach Veröffentlichung der Ergebnisse ist eine substanziierte Beurteilung nicht leicht. Offenbar gibt es keinen einheitlichen Trend oder einheitliche Wählerwanderungen, sondern überwiegend lokale, regionale Besonderheiten: in Braunschweig hat die CDU stark verloren und die SPD deutlich zugelegt, Die Linke aber auch. In Hannover hat die SPD stark verloren, die CDU zugelegt, Die Linke auch. Landesweit haben die auf Landesebene regierenden Parteien deutlich verloren: die SPD auf ein historisches Tief von 31,2% um minus 3,7%, die Grünen ohne den „Fukushima-Effekt 2011“ um minus 3,4% auf 10,9%. Demgegenüber hat die CDU nur 2,6% verloren auf 34,4%, trotz landesweiter 7,8% für die AfD. Die FDP hat sich mit plus 1,4% auf 4,8% stabilisiert. Die Linke hat sich auf 3,3% verbessert und steht damit deutlich besser da als 2011 mit 2,4% und auch besser als bei den Landtagswahlen im Januar 2013 mit 3,1%. Die

Wahlbeteiligung ist von 52,5 auf 55,5% gestiegen.

16 Monate vor den Landtagswahlen im Januar 2018 ist die mit einer Stimme Mehrheit regierende Koalition von SPD und Grünen damit in einer komplizierten Situation. Ob das für Die Linke günstig ist, ist durchaus fraglich. Insgesamt hat sich das politische Spektrum nach rechts verschoben mit der CDU als stärkster Partei (34,4%), einer stabilisierten FDP (4,8%) sowie mit einer rechtspopulistischen AfD, die selbst ohne Kandidatur in allen Landkreisen und kreisfreien Städten auf landesweite 7,82% gekommen ist.

Wir dokumentieren eine „erste Einschätzung“ dieser Kommunalwahlen von der Bundestagsabgeordneten Pia Zimmermann aus Wolfsburg und Victor Perli (Rosa-Luxemburg-Stiftung Niedersachsen). Vom amtierenden Landesvorstand der Partei Die Linke liegt Vergleichbares noch nicht vor. Michael Ohse, Goslar

Erste Einschätzung

Die Linke hat landesweit 3,3% errungen (+0,9% im Vergleich zu 2011). Wir haben bei 36 Kreiswahlen zugelegt und bei 9 verloren. Insgesamt konnte die Stimmenzahl um rund 106 000 auf 340 000 Stimmen erhöht werden. In der Mehrheit der 45 Kreise und kreisfreien Städte gibt es jetzt Fraktionen. Bei den Kreiswahlen haben wir 75 Mandate errungen (+19), bei den Gemeindewahlen 162 (+45). Dazu kommen noch Orts- und Bezirksräte in den Städten und diverse Mandate im Landkreis Lüchow-Danenberg, wo unsere Kreispartei auf der SoLi-Liste kandidiert hat (8,7%).

Einen Überblick über alle Wahlergebnisse erhaltet ihr hier: <http://www.aktuelle-wahlen-niedersachsen.de/KW2016/Vision/KW.html>

1. Die Linke zählt zu den Wahlgewinnern: Im Unterschied zu CDU, SPD und Grünen haben wir an Stimmen und Prozentsen gewonnen, allerdings nicht so stark wie FDP und AfD.

2. Wir wachsen in größeren Städten und langjährigen Hochburgen deutlich stärker als in der Fläche: Besonders erfreulich sind die Ergebnisse in Oldenburg (9,9), Lüneburg (Kreis 6,0, Stadt 9,5), Salzgitter, Osterholz und Emden. In den größeren kreisangehörigen Städten gibt es teilweise höhere Ergebnisse (z.B. Osterholz 9%, Hannover 7%, Quakenbrück 21%). Im Umland von Bremen und an der Grenze zu Hamburg profitieren wir vom großstädtischen Einfluss.

3. Kleinere Kreisverbände in der Fläche brauchen Unterstützung bei ihrer Vergrößerung und Erneuerung: In einem Flächenbundesland wie Niedersachsen entscheidet das Ergebnis in der Fläche über den Erfolg oder Misserfolg der Landespartei. Es ist viel schwieriger auf dem Land gute Ergebnisse zu erzielen als in der Stadt. Unsere Verankerung ist oft noch nicht ausreichend. Auch diesmal gab es eine ganze Reihe

Höchste Stimmenanteile

DIE LINKE.

Geringste Stimmenanteile

Nr.	Wahlkreis	in %
403	Oldenburg (Oldb), Stadt	9.9
355	Lüneburg	6.0
102	Salzgitter, Stadt	5.8
356	Osterholz	5.5
402	Emden, Stadt	5.4
241	Region Hannover	4.8
404	Osnabrück, Stadt	4.7
101	Braunschweig, Stadt	4.6
159	Göttingen	4.4
153	Goslar	4.3
401	Delmenhorst, Stadt	4.0
158	Wolfenbüttel	3.5
252	Hamelnd-Pyrmont	3.3
452	Aurich	3.3
405	Wilhelmshaven, Stadt	3.2
459	Osnabrück	3.2

Nr.	Wahlkreis	in %
358	Heidekreis	0.5
454	Emsland	0.9
154	Helmstedt	1.5
460	Vechta	1.6
453	Cloppenburg	1.6
360	Uelzen	1.6
462	Wittmund	1.7
257	Schaumburg	1.8
457	Leer	1.9
255	Holzminde	1.9
455	Friesland	2.0
357	Rotenburg (Wümme)	2.0
351	Celle	2.0
256	Nienburg (Weser)	2.2
155	Northeim	2.2
251	Diepholz	2.5

Politische Berichte im Internet: www.politische-berichte.de

von Kandidaturen, die nur kurzfristig und mit externer Unterstützung gesichert werden konnten. Wir müssen über kontinuierliche Unterstützung reden und ob es Möglichkeiten gibt, dass die Stärkeren in einer Region die Schwächeren unterstützen. Vor Ort ist es wichtig Neumitglieder einzubinden, ihnen Aufgaben und Freiräume für die politische Aktivität zu geben.

4. Langjährige kommunalpolitische Arbeit zahlt sich aus: Neben den Großstädten und traditionellen Hochburgen bildet sich eine Gruppe von mittelgroßen Kreisen heraus, die in den letzten Jahren intensiv an der Verankerung der Partei vor Ort gearbeitet haben und in ländlich geprägten Regionen mit überdurchschnittlichen Ergebnissen belohnt werden – so zum Beispiel Goslar, Wolfenbüttel, Delmenhorst, Hameln und Aurich. Sie sind ein gutes Vorbild für den kommunalen Parteaufbau abseits der Zentren.

5. Es gibt mehr Fraktionen, aber immer noch viele Einzelmandatierte: Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, dass wir uns als Partei um die Unterstützung der Mandatsträger durch die Partei einerseits, und um die Unterstützung der Mandatsträger für die Partei andererseits kümmern müssen. Kommunalpolitik muss Teil des Parteaufbaus sein und darf nicht zum Ersatz für Parteiarbeit werden.

6. Es sind mehr junge Leute gewählt worden, aber viel zu wenig Frauen: Es gibt einen spürbaren Zuwachs junger Kommunalabgeordneter. Das zeigt, dass sich in vielen Kreisverbänden eine Verjüngung und Erneuerung vollzieht oder vollzogen hat, die sich wie beispielsweise in Lüneburg, Osterholz, Wolfsburg und Stade unter anderem in mehr jungen Mandatsträgern ausdrückt. Gleichzeitig ist aber festzustellen, dass in einer relevanten Zahl von Kreisverbänden keine Mandatsträgerin (mehr) vorhanden ist. Wir müssen aufpassen, dass unser Erscheinungsbild nicht immer männlicher wird.

7. Klare Kante gegen die AfD: Das Ergebnis bedeutet, dass wir uns auch in den nächsten Jahren sehr scharf mit der AfD auseinandersetzen müssen. Sie ist durch die bundespolitische Stimmung in viele kommunale Gremien eingezogen. Wir dürfen nicht zulassen, dass sie die politische Kultur in unseren Städten und Gemeinden durch Rassismus und radikalen Neoliberalismus weiter vergiften. Dabei dürfen wir uns nicht auf die anderen Parteien verlassen, sondern müssen klare Kante zeigen. Es darf in den kommunalen Gremien keinerlei Zusammenarbeit mit der AfD geben – weder inhaltlich, noch taktisch.

Jetzt wünschen wir nach den Aufräumarbeiten erstmal eine gute Erholung vom Wahlkampfstress.

Pia Zimmermann und Victor Perli

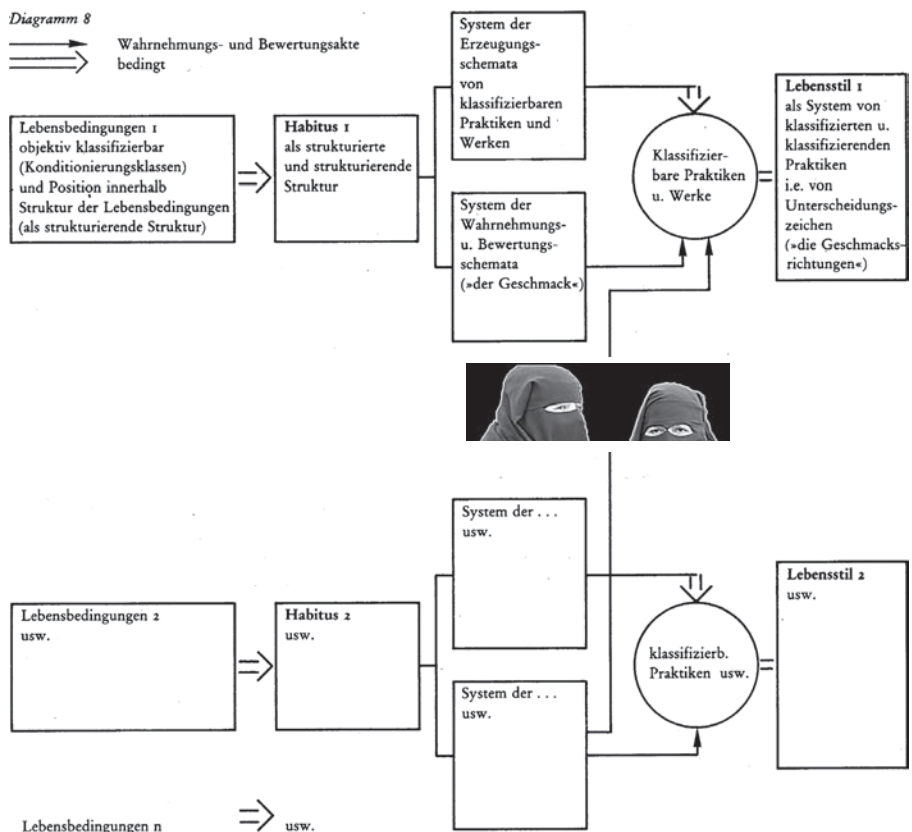


Heinrich Hoffmann: *Barmherzige Schwestern vor einem Wahllokal während der Wahl zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919.*

Aus gegebenem Anlass

maß. Durchaus nicht unumstritten war in der Revolutionszeit 1917/1919 das Frauenwahlrecht, denn die Kirche war jahrhundertlang Schutzmacht der Familie und der Frau und die Stellungnahme des Klerus zu den Fragen der Zeit politisch reaktionär und stark. Das historische Bild aus einer Ausstellung des Münchner Stadtmuseums zeigt katholische Nonnen vor dem Wahllokal. Wenn es auch wahrscheinlich ist, dass ihr Wahlakt das Ergebnis etwas in die autoritäre Richtung zog, hat sich im Lauf der Zeit herausgestellt, dass die Rückwirkungen des Frauenwahlrechts auf die Gestaltung geistlichen Lebens viel durchgreifender gewesen sind.

Dem unvergleichlichen Geschick Pierre Bourdieus, unübersichtliche Beziehungen verständlich zu machen, verdanken wir die unten abgebildete Grafik (Aus: Die feinen Unterschiede, S. 280). Sehen und Gesehen-Werden, schafft einen schmalen Sichtschlitz in den hermetisch geschlossenen Räumen des Lebensstils. Unvermeidlich kommt eine „Klassifikation von Praktiken und Werken“ in Gang.



Parteiensystem im tiefen Umbruch

Horst Kahrs

1. Das Ergebnis im Überblick

1.1. Verteilung der gültigen Stimmen und Mandate

- Die AfD als Gewinnerin der Wahl zieht in den neunten Landtag ein, wird zweitstärkste Kraft, überholt erstmals die Union, verfehlt aber das Ziel, stärkste Partei zu werden. Auch bleibt sie deutlich unter dem Ergebnis in Sachsen-Anhalt.
- Die SPD verliert über 5 Prozentpunkte, bleibt dank des Ministerpräsidenten aber deutlich stärkste Partei und kann das Land weiterregieren.
- Die Linke verfehlt nahezu alle Wahlziele, erreicht ihr bisher schlechtestes Ergebnis im Land und stellt künftig die kleinste Fraktion. Sie verlor rund 19000 Zweitstimmen oder 15,4 % ihrer Wähler und Wählerinnen. Allein das Ziel Regierungsbeteiligung wäre rechnerisch trotz der Verluste möglich.
- Ähnlich gebeutelt geht die Union aus den Wahlen hervor. Von der AfD im „Merkelland“ auf Platz drei verwiesen worden zu sein ist eine Niederlage von hoher politischer Symbolkraft.
- Die bisherige Regierungskoalition von SPD und CDU verliert drei Mandate, hat mit 42 Mandaten aber eine komfortable Mehrheit. Auch SPD und Linke hätten mit zusammen 37 Mandaten eine Mehrheit gegenüber den 34 Mandaten von AfD und Union.

1.2. Wahlbeteiligung und Rückhalt der Parteien

Die Wahlbeteiligung lag mit 61,6 % deutlich über den 51,5 % der letzten Landtagswahl, aber ähnlich deutlich noch unter der Wahlbeteiligung bei der letzten Bundestagswahl (65,3 %) wie bei den drei Landtagswahlen im März. Es ist also unzutreffend, von einem Anstieg der Wahlbeteiligung zu sprechen, ohne dabei den Bezug zur letzten Landtagswahl zu nennen. Da bundespolitische Themen den Wahlkampf stark prägten, war mit einem Anstieg in Richtung Beteiligungsquoten bei Bundestagswahlen zu erwarten. Die Spreizung der Wahlbeteiligung auf Wahlkreisebene betrug etwa 14 Punkte, zwischen der Quote im Wahlkreis Vorpommern-Rügen IV (57,7 %) und dem Wahlkreis Rostock III (71,8 %).

Misst man die Stärke der Parteien nicht an der Summe der gültigen Stimmen, sondern an der Zahl der Wahlberechtigten, erhält man ein realistischeres Bild der Verankerung von Parteien

und Politik im Land. Die vergangene Landesregierung wurde von 29 % der Wahlberechtigten gewählt, sollten SPD und Union erneut regieren, würden sie dank der höheren Wahlbeteiligung von 30 % der Wahlberechtigten unterstützt.

2. Eine erste Bewertung

- Mecklenburg-Vorpommern ist keine Insel, sondern ein fester Bestandteil der bundesdeutschen Gesellschaft und ihres politischen Systems. Bereits bei der Bundestagswahl 2013 und der Wahl zum Europäischen Parlament 2014 kündigte sich auch hier wie in den anderen Bundesländern der Umbruch im Parteiensystem an. Es gab keinen Anlass, von dieser Landtagswahl eine Trendwende zu erwarten. Das Ergebnis liegt im Trend der vorherigen Wahlausgänge und bestätigt die These, dass das Parteiensystem einen tiefen Umbruch erlebt und eine politische Neuorientierung ganzer Wählerschichten, womöglich sozialer Milieus stattfindet. Es ist davon auszugehen, dass diese Dynamik anhalten wird und die Phase der Neuordnung der Verhältnisse zwischen den Parteien erst noch kommen wird. Jedenfalls wurden mit dieser Wahl alle Hoffnungen enttäuscht, die Erfolgswelle der AfD würde rasch brechen, wenn die Zahl der ankommenden Geflüchteten zurückgehe und die Notunterkünfte nach und nach aufgelöst werden würden.
- Keine der parlamentarischen Parteien konnte bisher eine erfolgreiche Strategie im Umgang mit der AfD entwickeln. Die Gewinne der AfD entsprechen dem Muster anderer Landtagswahlen: Gewinne von allen Parteien, insbesondere auch den Kleinparteien, Mobilisierung von bisherigen Nichtwählern bei Landtagswahlen durch bundespolitische Themen. Als gescheitert betrachtet werden müssen die in allen Parteien vertretenen Strategien, die Abwanderung von Bürgerinnen und Bürgern durch Aufgreifen der Tonlage, der Wortwahl und der Inhalte der AfD stoppen zu können. Anbiederung und andere Formen des Ähnlichkeitstribut nutzten nur dem Original.
- Zu den bestätigten Phänomenen dieser Umbruchszeit zählt des Weiteren eine wachsende Orientierung an der regierenden Persönlichkeit. In unübersichtlichen Zeiten zählt das Vertrauen in eine Person umso mehr, zumindest nach einer ersten Regierungsperiode

zog die Person in allen vier Wahlen die regierende Partei mit und nicht umgekehrt.

- Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern war erneut eine Landtagswahl, in der bundespolitische Themen, die die Zukunft des ganzen Landes betreffen, dominierten. Entsprechend lag die Wahlbeteiligung auch in Mecklenburg-Vorpommern deutlich über dem Niveau einer normalen Landtagswahl, blieb aber unter dem Niveau von Bundestagswahlen. Ob die AfD also tatsächlich politikferne und notorische Nichtwähler mobilisiert, lässt sich nicht belegen, wohl aber, dass sie bundespolitisch interessierte Bürgerinnen und Bürger, die die letzte Landtagswahl mieden, mobilisiert. Da die anderen Parteien dieses bundespolitische Spielfeld eher mieden und auf Landesthemen orientierten, entstand eine Schieflage zu Gunsten der AfD in einem Teil des Elektorats.

- Die Krise der Flüchtlingspolitik, die sowohl durch die hohe Zahl der Geflüchteten im vergangenen Jahr als auch durch Merkels „Wir schaffen das“ und Grenzöffnung angesichts der humanitären Notlage offensichtlich wurde, wirkte wie ein Katalysator, an dem sich eine Vielzahl von Unzufriedenheiten mit der Regierungspolitik entzündeten. Im Kern handelt es sich um Fragen der politisch und gesellschaftlich dominierenden Lebensführungsmodelle und des Status, des Platzes in der gesellschaftlichen Hierarchie, um Fragen also nach der eigenen Bedeutung und dem Stellenwert für Politik und Regierung. Die Zuwanderung, insbesondere die Zuwanderung aus Weltregionen, in denen die islamische Religion dominant ist, radikalisiert, was seit Christian Wulfs „Der Islam gehört zu Deutschland“ virulent ist und auf Resonanz hofft: Wohin steuert die Politik dieses Land? Wo ist mein Platz in diesem Land, in der Politik? Nach welchen Regeln funktioniert das Zusammenleben? Spätestens seit dem 11.9.2001 dient „der Islam“ dafür als Projektionsfläche, als äußerer Feind, gegen den die innere Formierung zur Wertegemeinschaft sich richtet. Es wäre aber falsch, allein auf die aufgeworfenen Fragen nach der Zukunft des Landes abzustellen, „Besorgnisse“ und „Ängste“ ernst zu nehmen. Es sind auch – ausdrücklich oder indirekt – Antworten im Spiel. Statt des Merckelschen „Wir schaffen das“ hätte sie auch sagen können, dass man sich von weinenden Kinderaugen

nicht erpressen lassen könne (so die österreichische Innenministerin) und das dosierte Herzlosigkeit und Brutalität an der Grenze besser sei als undosierte Aufnahmepolitik.¹ Das jedenfalls ist die Konsequenz der AfD-Positionen: die Probleme der Welt, die der Exportweltmeister in Teilen mit verursacht, vom Land durch rigide Abschottung fernhalten, kultureller, nationaler und sozialer Protektionismus gegen die globale Verflechtungen.

- Die AfD nährt sich von allen Parteien. Unter den Anhängern aller Parteien fanden und finden sich Bürger und Bürgerinnen, die die Verteidigung von Etabliertenvorrechten für wichtiger halten als das Grundgesetz, die als demokratisch nur durchgehen lassen, was ihren Wünschen entspricht und die vermeintliches „Parteiengestänk“ durch autoritäre Führung ersetzen wollen. Sie wurden angezogen vom neuen politischen Protest-Magneten AfD. Ursache dafür ist nicht allein die Flüchtlingspolitik. Die Flüchtlingspolitik konnte anders als 1991/92 diese Wirkung entfalten, weil mit der AfD bereits an anderen Fragen (Bankenrettungspolitik) eine Partei entstanden war, die sich als politische Sammlungsbewegung anbot. Denn die Frage nach der Zukunft des Landes ist immer auch die Frage nach der Zukunft der eigenen Region, des Dorfes, der Kleinstadt, des Berufes und ob man mit seinen Vorstellungen vom richtigen Leben politische Resonanz erhält.

- Die Umbrüche im Parteiensystem betreffen zu allererst die Union. Mit der AfD beginnt sich eine Partei rechts von ihr zu etablieren. Erstmals wird sie in Mecklenburg-Vorpommern von der AfD überholt und erzielt ihr bisher schlechtestes Ergebnis. Die Hinweise, dass dies ausgerechnet im Stammland der Kanzlerin geschieht, deuten auf harte Auseinandersetzungen um den künftigen Kurs hin, die bevorstehen. Mit der Strategie der asymmetrischen Demobilisierung hat Merkel der SPD den weiteren Weg in der Mitte verbaut, die Besetzung moderner Themen hat aber einen Teil der traditionellen konservativen Wählerschichten entfremdet und politisch entheimatet. Zu erwarten ist, dass die Union am Ende mit einer Wertedebatte den Konservatismus neu beleben wird. Auf jeden

Fall scheinen die Zeiten der „alternativen“ „physikalischen Politik“ dem Ende entgegen zu gehen. Nicht zuletzt auch Debatten um die außenpolitische Haltung zu Putin, vor allem Erdogan deuten darauf hin, dass Werte, Haltung, Ideologie und Moral wieder eine größere Rolle in der politischen Kommunikation spielen werden.

- Zu den großen Verlierern des Wahlabends zählt erneut Die Linke. Das Ergebnis war mit Abstand das schlechteste bei Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern. Sie stellt zukünftig die kleinste Fraktion im Landtag. Das Ergebnis liegt im Trend der vorherigen Wahlergebnisse. Es wird sich trefflich darüber streiten lassen, ob es daran lag, dass die Partei im Wahlkampf zu viel oder zu wenig Landespolitik herausgestellt habe, zu viel oder zu wenig Bundespolitik, Gestaltungswillen oder Protesthaltung. Zusammen mit den SPD-Wählern (21 %) nannten die Linke-Wähler (22 %) die Bundespolitik deutlich seltener als wahlentscheidend denn die Wähler anderer Parteien (Spitzenreiter: AfD-Wähler mit 60 %). Tatsächlich wäre es vielleicht an der Zeit eine andere Frage zu stellen, eine andere strategische Hypothese zu prüfen: Offensichtlich ist die Partei nicht mehr die erste Adresse für Proteststimmen wie bei den Bundestagswahlen 2005 und 2009. Bereits bei der Wahl 2013 deutet sich an, dass die AfD diese Position einnehmen könnte. Proteststimmen sind Stimmen gegen etwas. Sie suchen sich die Partei, deren Erfolg am meisten Erregung und Aufsehen in den Medien und bei den anderen Parteien verspricht. Parteien, die als Projektionsfläche für verschiedenste Proteststimmen dienen, haben ein bestimmtes Zeitfenster zur Verfügung, um diese Proteststimmen inhaltlich an sich zu binden, aus dem Protest gegen etwas einen „politischen Willen“, ein politisches Anliegen zu formen, politisch den Schritt von Zorn, Verbitterung, Ablehnung zu politischem Handeln für Veränderung erfolgreich zu vollziehen. Gelingt dies nicht, zieht dieser Protest weiter. Insofern wären die Wahlergebnisse eine Konsequenz von Versäumnissen und von Scheitern und die Diskussion um die Positionierung im und nach den Umbrüchen im Parteiensystem neu zu stellen.² Helmut Holter führte kurz vor den Wahlen an, man sei gegen die (von der AfD geschaffenen) „Stimmung“ nicht durchgedrungen. Wenn sich Linke gegen rechte Stimmungen nicht behaupten können, ist das Problem womöglich schon mehr als „ernsthaft“ (Dietmar Bartsch).

² Siehe hierzu auch: Kahrs Horst 2016 Die Linke und die enthemmte Mitte und hier: Kahrs Horst 2016 Von der Linkspartei zur AfD und hier: 2016-03-24 Kahrs Horst Sozialismus Zäsur Parteiensystem

- Die SPD kann erneut dank des Ansehens eines Ministerpräsidenten eine Landtagswahl trotz Verlusten von über 5 % eine Wahl gewinnen. Erwin Sellering kann mit der Union weiterregieren, was von einer Mehrheit der Befragten im Land bevorzugt wird. Dieser relative Erfolg der SPD geht vor allem auf die Landespolitik zurück, zumindest entschied wie bei der Linkspartei nur gut ein Fünftel der Wähler sich aus bundespolitischen Gründen für die SPD. Für die Bundes-SPD bedeutet das lediglich, dass der Parteivorsitzende keine Niederlage zu verantworten hat, denn es gewann wohl mehr die Person als die Partei.

- Die Grünen schaffen erstmals wieder nicht den Sprung in einen Landtag und sind damit nicht mehr in allen Landesparlamenten vertreten. Bundespolitische Weiterungen sind nicht zu erwarten.

- Die FDP bleibt im Nordosten außerparlamentarisch, das ist ein kleiner Rückschlag mit Blick auf die Bundestagswahl. Aber entscheidend für die Aussichten einer Rückkehr der FDP in den Deutschen Bundestag wird die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen im Frühjahr.

- Die NPD ist nicht mehr im Landtag vertreten. Allerdings ist das weniger ein Erfolg der anderen bisherigen Landtagsparteien, vielmehr hat die Vereinnahmungsstrategie der AfD der NPD die notwendigen Wähler abgespenstigt gemacht.

3. Einzelne Aspekte des Wahlergebnisses

Die AfD gewinnt in Landkreis Vorpommern-Greifswald drei Direktmandate, die SPD gewinnt hier ein Direktmandat in einem ländlichen Kreis und das Mandat in der Universitätsstadt Greifswald. In der Stadt Greifswald schneidet die AfD unterdurchschnittlich ab, in den umliegenden Landkreisen hingegen sehr deutlich über dem Durchschnitt, z.B. mit 32,3% Zweitstimmen in Greifswald-Vorpommern III.

Die Union gewinnt nur noch sechs Direktmandate. Die Sozialdemokraten gewinnen alle anderen Direktmandate. Blickt man lediglich auf die Direktmandate, hat sich „rot“ nach Osten ausgedehnt.

Die Linke erzielt ihre besten Ergebnisse – zwischen 15,3% und 18,8% der Zweitstimmen – in den Städten Neubrandenburg, Rostock und Schwerin, ihre schlechtesten Ergebnisse von unter 12% in den Wahlkreisen der Landkreise Rostock, Vorpommern-Rügen, Ludwigslust-Parchim und Nordwestmecklenburg. Die Linke erzielt mit landesweit 14,9% Erststimmen ein besseres Ergebnis als bei den Zweitstimmen, kann aber kein einziges Direktmandat gewinnen. Über 20% der Erststimmen und damit in annähernder Konkurrenz

¹ So formulierte zum Jahrestag des Satzes Heribert Prantl die mögliche Alternative. Zum Hintergrund des Satzes hält er fest: „Der kleine Satz war eine Reaktion auf pöbelhafte Beleidigungen gegen die Kanzlerin im sächsischen Heidenau. Er war eine Reaktion auf das Entsetzen vom 27. August, als auf der österreichischen Autobahn A 4 bei Potzneusiedl ein Lastwagen voller Leichen entdeckt wurde. Er war eine Reaktion auf das Massensterben im Mittelmeer.“ Heribert Prantl: „Wir schaffen das“ ist die Aufgabe des 21. Jahrhunderts; in: Süddeutsche Zeitung, 3.9.2016, S. 4.

um das Mandat kam Thorsten Koplin in Neubrandenburg I (22,7%), Karsten Kolbe in Rostock II (21,6%), Eva-Maria Kröger in Rostock III (20,6%) und Helmut Holter in Schwerin II (21,6%). Gewonnen wurden die Wahlkreise jeweils von einem SPDler.

Die AfD schneidet in Mecklenburg zum Teil deutlich unterdurchschnittlich und schlechter ab als in Vorpommern, in städtischen Wahlkreisen schlechter als in ländlichen (Ausnahme: drei Wahlkreise in Neubrandenburg und Rostock). (...)

4.2. Wahltagsbefragungen

4.2.1. Wer wählte wen?

Die soziodemografischen Daten sprechen die gleiche Sprache wie im März: die AfD ist überdurchschnittlich stark bei Männern, erwerbstätigen Arbeitern und Selbstständigen sowie Arbeitslosen. Je höher die formale Bildung, desto weniger wird AfD gewählt. 40% der an der Wahl teilnehmenden, sich selbst als Arbeiter oder Arbeitslose verortenden Bürger und Bürgerinnen haben AfD oder NPD gewählt.

Die Linke ist schwach bei Menschen mit einfacher Bildung, Arbeitern und Selbstständigen und erzielt ein gutes Erstwähler-Ergebnis.

4.2.2. Wahlentscheidende Themen

„Soziale Gerechtigkeit“ war das wichtigste Thema bei der Wahlentscheidung, für Wähler der Linken, der SPD und der Grünen stand es an Platz 1, bei CDU und AfD an Platz 2. Für die Linke waren zudem „Wirtschaft und Arbeit“ und „Schule und Bildung“ relevant. Das vierwichtigste Thema für die Wahlentscheidung für Die Linke waren die „Flüchtlinge“ (12%). Bei keiner anderen Partei zählten die Flüchtlinge zu den vier wahlentscheidenden Themen, außer selbstverständlich bei der AfD, wo es von 53% knapp häufiger genannt wurde als soziale Gerechtigkeit.

Insgesamt spielte die Landespolitik mit 46% der Befragten eine größere Rolle für die Wahlentscheidung als die Bundespolitik, aber nur dank der Wähler bzw. des Wahlkampfes von SPD und Linkspartei. Bei AfD, CDU und auch Grünen war die Bundespolitik bedeutsamer für die Entscheidung. Bei der CDU kann darin durchaus ein demonstratives Pro-Merkel-Votum vermutet werden.

Etwa zwei Drittel der Linkspartei-Wähler gaben an, aus Überzeugung gewählt zu haben, nicht aus Enttäuschung über andere Parteien. Bei der AfD wählte nur ein knappes Viertel aus Überzeugung.

Die Anhänger der AfD unterscheiden sich von den Wählern anderer Parteien in ihrer Einstellung zum Islam bzw. zur „Überfremdung durch den Islam“, durch die Erwartung steigender Kriminalität und zu großer Veränderung der

„kulturellen Lebensweise“ im Land, also der Befürchtung, fremd im eigenen Land zu werden. Alle diese Sorgen haben die AfD-Wähler nicht exklusiv für sich, sondern sie werden auch von allen Befragten zu einem durchaus hohen Prozentsatz geteilt. Offensichtlich sind sie aber bei der Mehrheit weniger stark ausgeprägt und nicht (wahl-)entscheidend. Hier wird ein wichtiger Aspekt für die Herausbildung von Strategien gegen die AfD liegen: Wie unterschiedlich gelingt es den Parteien, die in ihren Anhängerschaften vorhandenen potentiellen Schnittmengen („Einfallstore“) politisch einzubetten und einzuhegen, was gerade voraussetzt, sie nicht ähnlich der AfD anzusprechen. Offensichtlich ist die Burka/Burkini-Debatte ein Versuch in dieser Richtung, der jedoch vor allem von der Nervosität in den Reihen der Regierungsparteien zeugt.

4.4. Wählerwanderungen

Über die Wählerwanderungen lässt sich in der Wahlnacht nur ein unvollständiges und zum Teil irreführendes Bild zeichnen, weil nur die Wanderungssalden aus Gewinnen und Verlusten zur Verfügung stehen. Die tatsächlichen Wanderungskonten, die die Bewegungen zwischen zwei Parteien oder einer Partei und der Wahlenthaltung abbilden, stehen erst später zur Verfügung. So ist es in der Regel so, dass eine Partei bei jeder Wahl Wähler an die Wahlenthaltung verliert und vormalige Nichtwähler gewinnt. Das Saldo aus beiden Bewegungen verdeckt den tatsächlichen Umfang der Bewegungen. Oder eine Partei verliert an die Partei B 20 000 Stimmen, gewinnt von dieser aber 22 000 Stimmen, so steht im Wanderungssaldo nur der Gewinn von 2 000 Stimmen, während sich tatsächlich 42 000 Personen anders entschieden als bei der Vorwahl. Zusätzlich irreführend werden die Salden, wenn eine Partei bei der Vorwahl, mit der verglichen wird, noch nicht angetreten ist wie jetzt die AfD. Sie kann von den Nichtwähler nur Stimmen gewinnen, an diese aber keine verlieren. Bei allen anderen Parteien ist das anders. Die Zahl der gewonnenen Nichtwählern verschwindet hinter den Verlust, es werden also zwei unterschiedliche Größen miteinander verglichen. So zeigt sich bei den jüngsten Wahlen im März erst beim Blick auf die Bruttozahlen, dass keineswegs die AfD am stärksten unter vormaligen Nichtwählern mobilisiert hatte, sondern in Baden-Württemberg die Grünen und in Rheinland-Pfalz die SPD und die CDU. Da diese Parteien aber vormalige Wähler nicht halten konnten, verdeckt das Saldo aus beiden Bewegungen diese durchaus für die Interpretation relevante Tatsache.

Aus diesen Gründen wird an dieser

Stelle auf die Wiedergabe der Wanderungsbilanz verzichtet und auf eine spätere Auswertung verwiesen.

Hingewiesen sei hier nur auf folgende Aspekte:

- Von der höheren Wahlbeteiligung profitieren fast alle Parteien, nicht nur die AfD. Die AfD gewinnt 56 000 ehemalige Nichtwähler. CDU (20 000), SPD (16 000), Andere (15 000) und Linke (6 000) gewinnen auch im Saldo beider Bewegungsrichtungen bei Nichtwählern, die Grünen verlieren (-1 000).

- Die Wähler der AfD kamen zu 40% von Nichtwählern des Jahres 2011, wobei allerdings völlig offen ist, wie viele von ihnen womöglich bei der Bundestagswahl 2013 oder der Wahl zum europäischen Parlament die AfD bereits einmal gewählt hatten. Den größten Anteil von ehemaligen Wählern verloren die „anderen“ Parteien, darunter die NPD, an die AfD. Den nächstgrößten Verlust, gemessen am Anteil der Abwanderung zur AfD an Wähler 2011, hatte die Linke zu verzeichnen.

- Die Linke verlor neben den 18 000 Stimmen an die AfD im Saldo beider Bewegungsrichtungen 4 000 Stimmen an die SPD und „andere“, kleine Parteien, sie gewann saldiert 1 000 Stimmen von den Grünen und 6 000 von Nichtwählern.

5. Aspekte des sozioökonomischen Rahmens der Wahlentscheidungen

(1) Mecklenburg-Vorpommern zählt zu den schrumpfenden Regionen Deutschlands. Die Einwohnerzahl sank von 2005 bis 2014 nochmals um rund 110 000 Personen oder knapp 6,5% auf rund 1,6 Millionen. Knapp 25 Jahre zuvor waren es einmal 2 Millionen. Statt 227 Einwohner wie im Bundesdurchschnitt lebten in Mecklenburg-Vorpommern lediglich 69 Einwohner je Quadratkilometer – der mit Abstand niedrigste Wert in Deutschland. Auch bei anderen wirtschaftlichen und sozioökonomischen Indikatoren, mit denen hierzulande der Zustand von Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Einkommen und Armut vermessen wird, liegt Mecklenburg-Vorpommern hinten. Eine ganze Generation ist mittlerweile mit dieser „Botschaft“ und den entsprechenden Erfahrungen der Älteren aufgewachsen: Das Land, in dem man lebt, liegt „hinten“ und seit einer Generation ändert sich daran nichts. Gegen dieses „Erfahrungswissen“ richten zarte Kehrtwendungen wie eine jüngst leicht gewachsene Bevölkerungszahl oder zuletzt positive Wirtschaftsdaten nichts aus, zumal letztere deutlich schwächer ausfallen als in anderen Regionen.

(2) Hinzu kommt, dass Mecklenburg-Vorpommern ein sich wirtschaftlich spaltendes Land, ein Land der sozialräumlich ausgeprägten ungleichzei-

tigen Entwicklung ist. In den letzten 15 Jahren begannen sich traditionelle Verflechtungen von Wirtschaft und Arbeitsmarkt wieder deutlicher bemerkbar zu machen. Im westlichen Teil des Landes, in großen Teilen Mecklenburgs, insbesondere die Landkreise Nordwestmecklenburg und Ludwigslust-Parchim, entstanden die funktionalen Verflechtungen als „Hinterland“ zum metropolitenen, mit globalen Wertschöpfungsketten verbundenen Wirtschaftsraum Hamburg neu. Auf der östlichen Seite, in Vorpommern, insbesondere in den Kreisen Vorpommern-Greifswald und Vorpommern Rügen entstanden die Verflechtungen zum polnischen Szczecin nicht und konnten weder durch die Greifswalder Universität noch durch Orientierungen auf Rostock und Warnemünde kompensiert werden. Diese Spaltung in Mecklenburg und Vorpommern drückt sich in der Einschätzung der wirtschaftlichen Situation durch Befragte aus als auch in statistischen Daten.

(3) Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung³ ist nach der Krise 2008/09 auch in Mecklenburg-Vorpommern gestiegen, doch mit deutlich geringeren Wachstumsraten als im Bundesdurchschnitt oder in Baden-Württemberg.

Während in der gesamten Bundesrepublik die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten Ende 2015 um 11% höher lag als Ende 2000, in Baden-Württemberg sogar um 14,4% höher, lag sie in Mecklenburg-Vorpommern um 5,8% unter dem Niveau Ende des Jahres 2000.

Die Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit erfasste Ende Dezember darüber hinaus 88.120 geringfügig Beschäftigte.

(4) Arbeitsvolumen⁴: Während in Deutschland die geleisteten Arbeitsstunden aller Erwerbstätigen im Jahr 2015 um 1,8% höher lagen als 2008, in Berlin als Spitzenreiter des Anstiegs sogar um 7,7%, sank das Arbeitsvolumen in Mecklenburg-Vorpommern dagegen im gleichen Zeitraum um 5,2%. Insgesamt lag das Arbeitsvolumen aller Erwerbstätigen 2015 um 13% niedriger als im Jahr 2000 (Schlusslicht: Sachsen-Anhalt mit minus 17,1%). Neben den ostdeutschen Flächenländern verzeichnete noch das Saarland einen Rückgang des Arbeitsvolumens über den gesamten Zeitraum von 2000 bis 2015 (-4,7%).

(5) Dem rückläufigen Arbeitsvolumen in der Region entspricht ein Rückgang der Erwerbstätigenzahl. Der Vergleich mit Südwestdeutschland und auch Berlin verdeutlicht dabei die negative

Entwicklung.

(6) Die Lohnkosten je Arbeitnehmer (Bruttolohn/-gehalt plus Arbeitgeberanteile Sozialversicherung u.a.) näherten sich seit 2000 nur geringfügig dem Bundesdurchschnitt an. Innerhalb des Landes wurden die Unterschiede zugleich größer.

(7) Die Primäreinkommen (Markteinkommen) der privaten Haushalte näherten sich von 2000 bis 2013 ebenfalls leicht dem Bundesdurchschnitt an, von 66,8% auf 71,1%. Gleichzeitig ging die Differenzierung innerhalb des Landes leicht zurück, es kam aber zu erheblichen Verschiebungen

(8) Die verfügbaren Einkommen, verkürzt gesagt: die Einkommen nach staatlicher Umverteilung, also einschließlich Sozialleistungen näherten sich statt um 4,3 Punkte wie die Markteinkommen um 3,7 Punkte dem Bundesdurchschnitt an.

(9) Die berufliche Arbeitsteilung⁵ zwischen den im Land Erwerbstätigen weicht ebenfalls deutlich vom Bundesdurchschnitt ab. 28% der Erwerbstätigen übten 2013 einen un- oder angelernten Beruf aus, im Bundesdurchschnitt nur 25%. Der Anteil der Erwerbstätigen in Fachlehrberufen verringerte sich von 2000 bis 2013 von 38% auf 32%, im Bundesdurchschnitt von knapp 33% auf 28%. Die Bedeutung der Berufe mit halbakademischen oder akademischen Qualifikationsvoraussetzungen erhöhte sich in Mecklenburg-Vorpommern von zusammen knapp 35% auf knapp 40%. Im Bundesdurchschnitt fiel der Anstieg leicht höher aus, um 6 Punkte von 40% auf 46%, wobei hier der Anstieg der Berufe, die ein abgeschlossenes Universitätsstudium als Einstiegsqualifikation verlangen, von 14,6% (2000) auf 19,7% (2013) fast allein den Anstieg ausmachte und sich der Anteil der Berufe mit Fachhochschul- und vergleichbaren Qualifikationen nur leicht erhöhte. In Mecklenburg-Vorpommern stiegen beide Qualifikationsstufen etwa gleich stark an, aber die Berufe mit Hochschulabschluss im Land machten auch 2013 nur unterdurchschnittliche 13,3% aus. Der Druck auf die Fachlehrberufe, den traditionellen Berufsweg der Lehrberufe und das mehrere Generationen übergreifende prägende Arbeitnehmer-Lebensmodell, ist in

5 Die Daten zur beruflichen Arbeitsteilung beruhen auf einer Auswertung von Mikrozensus-Daten im Rahmen eines von der Rosa-Luxemburg-Stiftung geförderten Projekts: Sonja Weber-Menges: Berufliche Arbeitsteilung und Prekarisierung, Berlin 2014. (<http://www.rosalux.de/publication/40648/berufliche-arbeitsteilung-und-prekarisierung.html>) Zur Methodik und Analyse zuletzt: Michael Vester: Der deutsche Pfad. Schieflagen eines Erfolgsmodells; in: Bildung – Macht – Eliten. Festschrift für Michael Hartmann, Frankfurt/M. 2015, S. 233–267. Die Veröffentlichung der Zahlen für 2013 befindet sich in Vorbereitung.

Mecklenburg-Vorpommern nicht geringer als andernorts in Deutschland.⁶

(10) Die Verteilung der Erwerbseinkommen⁷ der Vollzeiterwerbstätigen auf die fünf Einkommensklassen nach Groh-Samberg in Relation zum durchschnittlichen Erwerbseinkommen macht auf deutliche Unterschiede aufmerksam. Gut die Hälfte der Vollzeiterwerbstätigen in Mecklenburg-Vorpommern erzielte 2013 ein Erwerbseinkommen, welches nicht mehr als 75% des Durchschnittseinkommens erreichte, im Bundesmittel waren es 26,5%. Nur ein gutes Viertel der Erwerbstätigen im „Land am Meer“ verdiente mehr als 100% vom Durchschnitt, in der gesamten Bundesrepublik aber 50%. Die Lohndruckpolitik im Rahmen der Restrukturierung des deutschen Exportmodells durch die Agenda-2010-Politik führte zu einem dramatischen Einkommensverlust in der Einkommensklasse des „instabilen Wohlstandes“ und einem Abrutschen unter die 75%-Grenze. In Mecklenburg-Vorpommern wurde diese Einkommensklasse mehr als halbiert, die anschließende Entspannung fiel deutlich schwächer aus.

Von diesen sozioökonomischen Daten führt keine Kausalkette zu einem bestimmten Wahlverhalten, wohl aber tragen sie dazu bei, eine bestimmte Sicht auf die Verhältnisse, in denen man sein Leben führt, und die damit verknüpften Perspektiven zu erklären⁸. Zum Beispiel die „bittere Bilanz“ von Bärbel Krotz (66) in Ahlbeck am Stettiner Haff: „Hier gibt es nichts mehr. Hier gibt es nur noch Frust. Und so sieht es fast überall aus. Wir haben so die Nase voll. Das kann man sich außerhalb gar nicht vorstellen. Die in Schwerin hatten ihre Chance. 25 Jahre hatten die Zeit. Jetzt sollen mal andere ran.“⁹

Die „Wahlachtberichte“ sind ein Projekt von Benjamin-Immanuel Hoff und Horst Kahrs. Die Autoren geben ihre persönliche Meinung wieder. Ältere Ausgaben der Wahlachtberichte sowie weitere Texte zu Wahlen, Struktur und Entwicklung der Wähler/-innenschaft etc. finden sich u.a. hier: www.horstkahrs.de Aus Platzgründen gekürzt, vor allem um die umfangreichen Tabellen.

6 Vergleiche zu den Veränderungen seit 1991 in der beruflichen Arbeitsteilung, den sozialen Klassen und möglichen Übersetzungen ins politische Feld: Horst Kahrs, Jenseits der Statistiken sozialer Ungleichheit; in: sozialismus, Heft 7-8/2016 (<http://www.horstkahrs.de/2016/08/02/vertreibung-aus-der-mitte/>)

7 Datenbasis und Methodik: wie oben berufliche Arbeitsteilung Weber-Menges und Vester.

8 Erste Überlegungen zu damit verbundenen „Umstellungen“ in den parteipolitischen Orientierungen finden sich hier: Horst Kahrs, Jenseits der Statistiken sozialer Ungleichheit; in: sozialismus, Heft 7-8/2016 (<http://www.horstkahrs.de/2016/08/02/vertreibung-aus-der-mitte/>)

9 Zitiert nach: Bernhard Honnigfort: Unwetterwarnung. Die Wahl in Mecklenburg-Vorpommern kann zum Tag der Abrechnung werden; Berliner Zeitung, 204, 31.8.2016, S. 3

3 Daten der Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit.

4 Daten des Arbeitskreises Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder (VGRdL) – <http://www.vgrdl.de/VGRdL/> (03.09.2016)

Erdogan und AKP-Regierung wollen sich der Opposition in Kurdistan entledigen

Die türkische Regierung und Erdogan haben per Dekret 28 Bürgermeister am 11. September 2016 abgesetzt und dafür Treuhänder, die direkt an die Weisungen von Ministerien gebunden sind, eingesetzt. 24 der abgesetzten Bürgermeister sind aus Hochburgen der kurdischen DBP in den kurdischen Provinzen. Sie waren 2014 mit Stimmenanteilen bis zu 82 Prozent gewählt worden. Ihre Absetzung wird mit angeblicher Unterstützung der PKK begründet. Den anderen vier aus dem

Westen der Türkei wird Mitgliedschaft in der Gülen-Bewegung vorgeworfen.

Polizeieinheiten, Spezialkommandos und Militär besetzten die kurdischen Bürgermeisterämter und hängten sie als erstes mit türkischen Fahnen. Die Demonstrationen gegen die Amtsenthebungen und Besetzungen der Rathäuser wurden massiv von Polizeieinheiten angegriffen.

Wenige Tage zuvor wurden fast 12000 Lehrkräfte mit einer ähnlichen Begründung vom Bildungsministeri-

um suspendiert. Die Lehrerinnen und Lehrer sind allesamt Mitglieder von Egitim Sen, der größten Bildungsgewerkschaft der Türkei. Egitim Sen fordert schon seit langem, dass die kurdische Sprache in den Schulen legalisiert wird. In Diyarbakir demonstrierten mehrere Tausend Lehrerinnen und Lehrer gegen die Entlassungen. Es kam zu schweren Auseinandersetzungen mit der Polizei, die die Demonstration mit Wasserwerfern und Tränengas angriff. 70 Egitim-Sen-Mitglieder wurden dabei verhaftet. In Dersim (Tunceli) wurden 504 Lehrkräfte entlassen. Dagegen protestierten 950 Egitim-Sen-Mitglieder vor dem Gouverneursamt. Die Anzahl der entlassenen Lehrer summiert sich mit den jüngsten

Wir werden uns nicht dem Treuhänder-Putsch beugen

Erklärung der HDP

Der Überfall auf die 28 Bürgermeisterämter am heutigen frühen Morgen, am Vorabend des Eid al-Adha (*Opferfest, höchster islamischer Feiertag*), die Erklärung, „die Macht zu ergreifen“ und mit der Ernennung von Treuhändern die BürgermeisterInnen zu ersetzen, erinnert an den Militärputsch vor 36 Jahren vom 12. September 1980.

Zwischen der Geisteshaltung der Putschisten, die am 15. Juli das türkische Parlament, also die Repräsentanz des Volkswillens, bombardiert haben (*Datum des gescheiterten Militärputsches 2016*), und der Geisteshaltung, die hinter der Übernahme der demokratisch gewählten Stadtverwaltungen per Zwangsverwaltung steht, sehen wir keinen Unterschied.

Wir bekräftigen, dass die Verordnung zur Ernennung von Treuhändern in den Kommunen, ermöglicht durch ein Dekret mit Gesetzeskraft von der AKP-Regierung und Erdogan, gegen mehrere Verfassungsklauseln, von der Türkei unterzeichnete internationale Vereinbarungen, einschließlich der Europäischen Menschenrechtskonvention und der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung sowie der Allgemeinen Erklärung für Menschenrechte, verstößt.

Diese rechtswidrige Verordnung, die sich über den Wählerwillen hinwegsetzt und gewählte lokale VertreterInnen suspendiert, ist für uns null und nichtig.

Das Ziel dieses Treuhänder-Putsches sind die Gemeinden und lokalen Regierungen in kurdischen Städten, die von 39 bis 81,6 Prozent ins Amt gewählt wurden. Diese rechtswidrige und willkürliche Haltung wird nur dazu führen, die aktuellen Probleme in den kurdischen Städten zu verschärfen und die kurdische Frage in weite Ferne zu verschieben.

Die Bevölkerung wird sich hinter die von ihnen gewählten BürgermeisterInnen und Stadtverwaltungen stellen. Die Menschen werden sich dieser Geisteshaltung nicht beugen, die ihre Stimmen beiseite fegen und ihren Willen usurpieren will. Die Menschen werden nicht mit diesem rechtswidrigen Vorgehen abfinden.

Die Regierung soll sofort diesen fatalen Schritt, mit dem sie vom Umsturzversuch vom 15. Juli profitieren will, rückgängig machen.

HDP, Zentralvorstand, 11.9.2016
(eigene Übersetzung aus dem Englischen mit kursiven Erläuterungen)

AKP-Faschismus in Nordkurdistan: Zahlreiche kurdische Kommunen unter Zwangsverwaltung gestellt

Civaka Azad – Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit, 11.9.2016

Die Angriffe und Repressionen der autoritären AKP-Regierung gegen die kurdische Bevölkerung erreicht eine neue Stufe. Insgesamt 24 kurdische Stadtverwaltungen wurden am 11. September durch das AKP-Regime unter Zwangsverwaltung gestellt. Betroffen sind unter anderem die Provinzverwaltungen von Elîh (Batman) und Colemêrg (Hakkari), sowie zahlreiche Kreisstädte in den Provinzen Amed (Diyarbakir), Mêrdîn (Mardin) und Wan (Van). Die erste „Amtshandlung“ der AKP-Bürokraten, die mit der Maßnahme die kurdischen Stadtverwaltungen übernehmen, bestand an vielen Orten darin, die türkische Fahne an den Fassaden der Rathäuser aufzuhängen.

Am Nachmittag nach der Verkündung zur Vollstreckung der Zwangsverwaltung gingen in den kurdischen Orten, die von der Maßnahme betroffen waren, Tausende Menschen auf die Straßen, um gegen die Entscheidung der Regierung zu protestieren. Überall wurden die Proteste von den

türkischen Staatskräften angegriffen und es kam zu schweren Auseinandersetzungen. Während auch die Stadtverwaltung von Cizîr (Cizre) unter Zwangsverwaltung gestellt wurde, ist die gewählte Ko-Bürgermeisterin der Stadt Leyla Imret festgenommen worden. Auch im Westen der Türkei wurden vier Stadtverwaltungen unter Zwangsverwaltung gestellt. Ihnen wird die Nähe zur Organisation von Fethullah Gülen vorgeworfen.

HDP: Bevölkerung wird sich hinter die legitimen BürgermeisterInnen stellen

In einer ersten schriftlichen Erklärung reagierte der Parteivorstand der HDP mit scharfer Kritik auf die Maßnahme des AKP-Regimes. „Zwischen der Geisteshaltung der Putschisten, die am 15. Juli das türkische Parlament, also die Repräsentanz des Volkswillens, bombardiert haben, und der Geisteshaltung, die hinter der Übernahme der demokratisch gewählten Stadtverwaltungen per Zwangsverwaltung steht, sehen wir keinen Unterschied“, heißt es unter anderem in der Erklärung der HDP. Bei den betroffenen kurdischen Stadtverwaltungen handele es sich ausschließlich um Orte, in denen die kurdischen Ko-Bürgermeister mit einem Stimmanteil von 65% bis 95% bei den Kommunalwahlen 2014 gewählt wurden. Die Haltung der Regierung werde letztendlich nur dazu führen, dass sich die Probleme in den kurdischen Stadtverwaltungen weiter vertiefen und die Lösung der kurdischen Frage noch weiter in die Ferne rückt.

„Doch die Bevölkerung wird sich hinter die BürgermeisterInnen und die Stadtverwaltungen stellen, die sie selbst gewählt haben“, erklärt die HDP und ruft die türkische Regierung dazu auf, diesen fatalen Schritt umgehend rückgängig zu machen.

Quelle: <http://civaka-azad.org/akp-faschismus-in-nordkurdistan-zahlreiche-kurdische-kommunen-unter-zwangsverwaltung-gestellt/>

Amtsenthaltungen seit dem Putsch auf rund 30 000.

Ebenfalls am 11. September hatte erstmals seit fast zwei Jahren Abdullah Öcalan seinen Bruder zu Besuch. In Diyarbakir fand dazu am 12. September eine Pressekonferenz statt. Dort verlas Mehmet Öcalan eine Erklärung seines Bruders, in der Abdullah Öcalan erneut zu einem Friedensprozess aufrief.

Von der Bundesregierung ist über diese Vorgänge und auch über den türkischen Militäreinmarsch mit deutschen Panzern in Syrien nichts zu hören. Sie beschäftigt sich anscheinend weiternur mit der europäischen Grenzsicherung und Flüchtlingsabwehr in der Türkei. 58 Millionen Euro will sie für den Ausbau des Nato-Stützpunktes Incirlik

ausgeben. Darunter soll der Bau einer eigenen Start- und Landebahn für die dort stationierten deutschen Kampfbomber sein. Die Europäische Kommission will die nächsten Verhandlungskapitel mit der türkischen Regierung angehen. – Der Literaturnobelpreisträger Orhan Pamuk schrieb in der italienischen Zeitung „La Repubblica“: „Die Gedankenfreiheit existiert nicht mehr. Wir bewegen uns mit großer Geschwindigkeit von einem Rechtsstaat zu einem Terrorregime.“ In der Türkei würden nach und nach alle, die das Handeln der Regierung kritisieren, eingesperrt. Demokratie, Menschenrechte und kommunale Selbstverwaltung bleiben so auf der Strecke. (zitiert nach *Zeit-Online*, 11.9.) *Rudolf Bürgel*



Protestaktion der Lehrgewerkschaft Eğitim Sen in Ankara

Linke im Europaparlament: Premiumpartner der EU beendet Demokratie

Gestern wurden 28 gewählte Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, vorrangig Mitglieder der HDP, im Südosten der Türkei abgesetzt. Weiterhin tauchen Videos auf, die die Ermordung des armenisch-türkischen Schriftstellers und Journalisten Hrant Dink vor beinahe 10 Jahren neu beleuchten. Überdies wurden am Samstag die Journalisten Ahmet Altan und Mehmet Altan von sogenannten Anti-Terror-Einheiten festgenommen. Dazu kommentiert Martina Michels:

„Wenn morgen im Europäischen Parlament einmal mehr die Beziehungen der EU zur Türkei verhandelt werden, werden sich Kommission und Rat erneut am Premiumpartner abarbeiten, weil die Mitgliedstaaten zu keinem gemeinsamen Ende ihrer europäischen Abschottungspolitik bereit sind. Diese Sackgasse einer verfehlten Nachbarschaftspolitik schadet der EU, der Türkei und den Flüchtlingen, insbesondere aus Syrien und dem Irak.“

Was sich seit über einem Jahr im Südosten der Türkei abspielt, eine Bedrohung, Vertreibung und Enteignung von Kurdinnen und Kurden, die massive Unterdrückung der politischen Opposition unter der Flagge der Terrorbekämpfung, setzt sich nach dem gescheiterten Putsch am 15. Juli 2016 fort und gipfelt nicht nur in der strafrechtlichen Verfolgung vieler Abgeordneter, insbesondere der HDP, sondern in weiteren Maßnahmen, die kommunale Demokratie gänzlich auszuhebeln und Bürgermeisterinnen und Bürgermeister erneut ihrer Ämter zu entheben.“

Martina Michels ergänzt: „In anderen Landesteilen werden SchriftstellerInnen, JournalistInnen, WissenschaftlerInnen nach den großen Säuberungswellen bei Staatsbediensteten weiterhin verfolgt, verhaftet und eingesperrt. Selbst jetzt bekannt gemachte Umstände des Todes von Hrant Dink, dessen

Aufarbeitung in der Gezi-Bewegung wachgehalten wurde, werden nicht zur Aufklärung, sondern zur Beschuldigung von vermeintlichen Anhängern der Gülen-Bewegung eingesetzt.“

Der Literaturnobelpreisträger Orhan Pamuk hat vor einer Türkei auf dem Wege zu einem Terrorregime gewarnt.“

Abschließend hält Martina Michels fest: „Die EU sollte endlich ihre Beziehungen zur Türkei auf eine sachliche Grundlage stellen, den Flüchtlingsdeal beenden und ihre Hausaufgabe machen. Die globalen Flüchtlingsbewegungen sind eine gänzlich andere Herausforderung für die europäische Politik als hoffnungslose Abschottung abzusichern. Sie muss dafür ganz sicher viele Milliarden in die Hand nehmen, doch die sollten bei einem gerechten internationalen Handel, bei einer nachhaltigen Entwicklungspolitik und einer humanen Flüchtlings- und Integrationspolitik ausgegeben werden, statt sie Despoten hinterher zu werfen und elektronische Mauern gegen Schutzsuchende zu errichten.“

Quelle: <http://www.dielinke-europa.eu/article/10722.tuerkei-premiumpartner-der-eu-beendet-demokratie.html>

Trotz Krieg und Isolation: Öcalan bietet türkischer Regierung Lösung an

Erstmals seit fast zwei Jahren konnte Mehmet Öcalan am 11.9. seinen Bruder Abdullah Öcalan besuchen. Tags darauf übermittelte er in Diyarbakir die Botschaft von Abdullah Öcalan auf einer Pressekonferenz: „Liebe Freund*innen, ich grüße euch! Ich war gestern auf der Gefängnisinsel Imrali. Ich habe meinen Bruder besucht. Zwar hält der psychische Druck weiter an, aber es geht meinem Bruder physisch gut. Er grüßt euch alle! Mein Bruder hat eine Botschaft für euch:

„Die Isolation fährt fort, doch ich habe keine körperlichen Probleme. Die Situation geht weiter wie zuvor. Wir haben mit unseren Freund*innen wei-

terhin Kontakt, wir haben unsere Projekte und Pläne, wenn der Staat dafür bereit ist, können wir diese Projekte und Pläne innerhalb von sechs Monaten umsetzen.“

Doch festzuhalten gilt, dass es zunächst einmal nicht wir waren, die den Friedensprozess zerstört haben. Das zuständige Komitee kannte mich und sagte mir, sie würden in zwei Wochen wiederkommen und der Prozess würde somit schnell zu einem Ende gebracht werden. Ja, die kurdische Frage ist ein schwerwiegendes Thema. Es ist keine Sache von zwanzig Jahren, es geht 150 bis 200 Jahre zurück. Aktuell sterben täglich schätzungsweise dreißig Menschen. Wäre der Staat ehrlich, würde es nicht so viele Tote geben. Dieses Land verdient das nicht. Jeder Mensch mit Verstand muss das einsehen.

Wenn der Staat dazu bereit ist, werden sie uns zwei ihrer Vertreter schicken. Das ist eine ernste Sache, unsere Projekte und Pläne sind bereit. Wir können dieses Problem in sechs Monaten lösen. Der aktuelle Krieg ist ein blinder Krieg. Es ist ein Krieg, in dem keine Partei gewinnen kann. Dieser Krieg geht seit vierzig Jahren. Vielleicht wird er noch achtzig Jahre weitergehen. Es ist eine Schande um und für die Menschen, die in diesem Krieg sterben. Blut und Tränen müssen aufhören zu fließen.

Die Lösung kann nicht einseitig sein, die größte Partei ist der Staat. Wenn der Staat auf unser Entgegenkommen und unsere Bemühungen eingeht, wird dieses Problem nicht mehr lange andauern, dann wird es eine Lösung geben.

Mir geht es gut. Morgen ist Eid, das Fest des Opfern. Aber es kann kein Fest geben, wenn täglich dreißig bis vierzig Menschen in diesem Land sterben. Das ist unmoralisch. Die Lösung ist in unseren Händen, wir können es lösen.“

Quelle: <http://civaka-azad.org/trotz-krieg-und-isolation-oecalan-bietet-tuerkischer-regierung-loesung-an/>



BERLIN. Am Samstag, den 3.9., sind mehr als 6000 Menschen mit einer bunten Demonstration in Berlin gegen Rassismus und für eine solidarische Gesellschaft auf die Straße gegangen. Ronda Kipka für das Bündnis erklärt: „Seit Monaten vergiftet die AfD den öffentlichen Diskurs mit rechter Hetze und populistisch rückwärtsgewandten Parolen. Nun, kurz vor den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern und den Abgeordnetenhauswahlen in Berlin, geht sie damit weiter auf Stimmenfang und prägt zunehmend das Straßenbild. Nach aktuellen Umfragen steht die AfD in beiden Bundesländern im zweitstelligen Prozentbereich. Damit würden zahlreiche Rassistinnen und Rassisten und Rechtsradikale in die Parlamente einziehen.“ In einer Talkrunde diskutierten Susanne Kitschun (SPD), Elke Breitenbach (Die Linke) und Clara Hermann (Bündnis 90 / Die Grünen) über die Gefahren eines weiteren Rechtsrucks. Auf der Demo sprachen unter anderen Aiman Mazyek vom Zentralrat der Muslime, Diana Henniges von der Initiative „Moabit hilft“, die seit Monaten ankommende Flüchtlinge am Lageso unterstützt, Thomas Eberhardt-Köster von Attac und Cornelia Kerth von der VVN-BdA.

www.aufstehen-gegen-rassismus.de

Unverhältnismäßig und unzumutbar: Die neue „integrationsfördernde“ Wohnsitzauflage

BOCHUM. Mit dem Integrationsgesetz ist am 6.8.2016 auch die neue rechtlich und menschlich höchst problematische Wohnsitzregelung in Kraft getreten. Bisher hatten Flüchtlinge nach ihrer Anerkennung das Recht zur Freizügigkeit innerhalb der BRD. Nach neuer Gesetzeslage müssen anerkannte Flüchtlinge nun – mit Ausnahmen – für drei Jahre in dem Bundesland wohnen, dem sie zur Durchführung ihrer Asylverfahren zugeteilt wurden. Besonders dramatisch ist der Zeitrahmen: das Gesetz gilt rückwirkend bis zum 1.1.2016. Damit müssen Flüchtlinge, die bereits vor Monaten – legal – Wohnungen im Bundesland ihrer Wahl bezogen haben, ihre Wohnungen verlassen und wieder zurück in das zuständige Bundesland. Kommen Sie dieser Aufforderung nicht nach, dann droht die Streichung der Sozialleistungen. Die Kommunen stellen folglich Aufforderungen zur Ausreise aus. Diese Aufforderungen sind mit sehr kurzen Fristen, von einer Woche oder 14 Tagen, versehen. „Es ist absolut unrealistisch, dass die Flüchtlinge innerhalb dieser kurzen Zeiten eine neue Wohnung in einem anderen Bundesland finden. Wenn dieses Vorgehen nicht geändert wird, besteht für viele Flüchtlinge die Gefahr, erst einmal in der Obdachlosigkeit zu enden“, mahnt Birgit Naujoks, Geschäftsführerin des Flüchtlingsrats NRW. Darüber hinaus

appelliert der Flüchtlingsrat NRW an Land und Kommunen, von der im Gesetz verankerten Härtefallregelung Gebrauch zu machen. „Es ist unverhältnismäßig und unzumutbar, anerkannte Flüchtlinge, die schon vor dem Inkrafttreten der neuen Wohnsitzregelung umgezogen sind, rückwirkend zurückzuschicken“, macht Birgit Naujoks deutlich, „in diesen Fällen muss von der Härtefallregelung Gebrauch gemacht werden, so dass zumindest diese Menschen in ihren neubezogenen Wohnungen bleiben dürfen“. Der Flüchtlingsrat NRW fordert das Land auf, keine weiteren Regelungen zu treffen und die Wohnsitznahme innerhalb Nordrhein-Westfalens nicht weiter zu beschränken. Das Land und die Kommunen sind in NRW gefordert, die negativen Auswirkungen des Integrationsgesetzes abzuschwächen!

www.fnrnw.de

Bündnis „CETA & TTIP stoppen! Für einen gerechten Welthandel!“

BERLIN. Die Auseinandersetzung um CETA und TTIP geht in die Endrunde. Zehn Tage vor dem Aktionstag am 17. September ruft das Bündnis „CETA und TTIP stoppen! Für einen gerechten Welthandel!“ erneut dazu auf, sich an den bundesweit sieben Demonstrationen gegen die geplanten Freihandelsabkommen der EU mit den USA und Kanada zu beteiligen. Auch die jetzt im SPD-Parteivorstand verabschiedete Beschlussvorlage für den geplanten

SPD-Parteikonvent zu CETA am 19. September, könne die grundsätzlichen Bedenken gegen CETA in der aktuellen Form nicht ausräumen, so das Bündnis. Sowohl TTIP als auch CETA sind eine Gefahr für die Demokratie, für Sozial- und Umweltstandards und die öffentliche Daseinsvorsorge und müssen gestoppt werden, sind sich die mehr als 30 Trägerorganisationen einig. Um beide Abkommen endgültig zu kippen, gelte es jetzt, den öffentlichen Druck aufrecht zu erhalten und den Protest am 17. September breit auf die Straße zu tragen. Das Bündnis warnt davor, sich durch die TTIP-Abgesänge von Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel in falscher Sicherheit zu wiegen. Solange die EU die Verhandlungen mit den USA nicht offiziell für beendet erklärt hat, ist das Abkommen allenfalls totgesagt. Die Verhandlungen laufen weiter. Als reine Taktik bezeichnet das Bündnis den Versuch Gabriels, das „böse“ TTIP zur Geschichte zu erklären, während man dem „guten“ CETA zustimmen könne. Offenbar gehe es dem Wirtschaftsminister darum, zumindest eins der Abkommen bereits jetzt zu sichern. Wer nein zu TTIP sagt, muss aus Sicht des Bündnisses auch das Abkommen mit Kanada ablehnen. Denn mit CETA käme TTIP durch die Hintertür: Wie TTIP enthält CETA Klagerechte für Konzerne; über kanadische Tochterfirmen könnten auch US- und andere Konzerne gegen Gesetze in der EU klagen. Das Bündnis „CETA & TTIP stoppen! Für einen gerechten Welthandel!“ umfasst Gewerkschaften, Globalisierungskritiker, Wohlfahrts-, Sozial- und Umweltverbände, kultur-, demokratie- und entwicklungspolitische Organisationen, Initiativen aus Kirchen und von kleinen und mittleren Unternehmen sowie für Verbraucherschutz und nachhaltige Landwirtschaft.

<http://ttip-demo.de/presse/>

Paritätischer bezeichnet Regelsatzpläne als „Affront“

BERLIN. Als viel zu niedrig und „in keiner Weise bedarfsdeckend“ kritisiert der Paritätische Wohlfahrtsverband die angekündigte Erhöhung der Hartz-IV-Regelsätze zum 1.1.2017 um abermals lediglich 5 Euro auf dann 409 Euro. Der Verband fordert die Bundesregierung zur Offenlegung der verwendeten Statistiken auf und kündigt eine detaillierte Überprüfung der Berechnungen an. Nach letzten Studien des Verbandes wäre bereits in diesem Jahr eine Anhebung der Regelsätze um 23 Prozent auf 491 Euro erforderlich gewesen. „Nachdem die damalige Arbeitsministerin von der Leyen die Regelsätze 2011 willkürlich manipuliert und trickreich kleingerechnet hat, wurde diese Praxis zum

Leid der vielen Familien in Hartz IV von ihrer Nachfolgerin Nahles offenbar fortgeschrieben“, kritisiert Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes. „Es geht hier aber nicht um statistische Petitesse, sondern um das Existenzminimum von Millionen Menschen. Die nun geplante Erhöhung für Erwachsene um lediglich 5 Euro ist angesichts der Armut der Menschen geradezu eine Provokation. Dass für Kleinkinder der Regelsatz überhaupt nicht erhöht werden soll, ist ein familien- und kinderpoltischer Skandal“, so Schneider. Nach einer Studie des Paritätischen ist der Regelsatz seit 2011 durch manipulative Eingriffe in die Statistik verzerrt worden und im Ergebnis nicht bedarfsdeckend. Die seitdem jährlich erfolgte Anpassung der Regelsätze beruhte auf der einfachen Fortschreibung nach einem Mischindex aus Preissteigerungen und der Entwicklung der Nettolöhne. Fortgeschrieben wurden damit auch die manipulativen Eingriffe, was die Bedarfslücke stetig wachsen ließ. Da jetzt neue Daten aus der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe vorliegen, ist die Bundesregierung laut Gesetz verpflichtet, die Regelsätze auf Grundlage der aktuellen Daten zu überprüfen und komplett neu zu ermitteln. Nach den heute bekannt gewordenen Plänen des Bundesarbeitsministeriums soll der Regelsatz für Erwachsene um 5 Euro auf 409 Euro, für Schulkinder zwischen sechs und 13 Jahren um 21 Euro auf 291 Euro und für Jugendliche zwischen 13 und 18 Jahren um 5 Euro auf 311 Euro erhöht werden. Für kleine Kinder soll der Regelsatz unverändert bei 237 Euro im Monat bleiben.

www.der-paritaetische.de

Aktionsbündnis gegen Aids fordert fairen deutschen Beitrag

BERLIN, 5. September 2016. Das Aktionsbündnis gegen Aids gibt mit seinen Mitträgern und weiteren zivilgesellschaftlichen Organisationen den Bericht „Globale Krise und Deutschlands Beitrag zur Globalen Antwort. Fünfte zivilgesellschaftliche Bestandsaufnahme des politischen und finanziellen Engagements der Bundesregierung für die UN-Ziele zur weltweiten Gesundheitsversorgung und HIV-Bewältigung“ heraus und stellt diesen bei einem parlamentarischen Abend am 6. September vor. Die fünfte zivilgesellschaftliche Bestandsaufnahme stellt den aktuellen Stand der weltweiten Situation der Prävention und Behandlung von HIV und Aids dar. Sie weist auf die weiteren notwendigen politischen und finanziellen Schritte für das Erreichen des Ziels der Beendigung von Aids bis 2030 hin. Die für die HIV-Bewältigung und Gesundheitsförderung relevanten Vereinbarungen der Vereinten Natio-

nen werden analysiert und das politische Regierungshandeln zur Gesundheitsförderung und HIV-Bewältigung unter die Lupe genommen. Die Beiträge der Bestandsaufnahme wurden von Mitträgern des Aktionsbündnisses gegen Aids und GastautorInnen erstellt. Gemeinsam senden sie ein klares Signal an die politisch Verantwortlichen: Wir haben das notwendige Wissen und die Instrumente für ein Ende von Aids, Tuberkulose und Malaria bis 2030 – mit dem politischen Willen können wir dieses Ziel erreichen! Teil B der Bestandsaufnahme stellt die Ergebnisse einer Studie zu den Finanzierungsbeiträgen wirtschaftlich besser gestellter Staaten für die Umsetzung der gesundheitsbezogenen Millenniumsentwicklungsziele dar. Klaus Koch, Sprecher im Aktionsbündnis gegen Aids fasst zusammen: „Die Ergebnisse der Studie zeigen: Deutschland hat sich bei den finanziellen Anstrengungen zur Verwirklichung der Millenniumsentwicklungsziele hinter anderen europäischen Gebern versteckt. Wir fordern die politisch Verantwortlichen auf, endlich der internationalen Verantwortung gerecht zu werden und einen angemessenen Beitrag zur Umsetzung der neuen Entwicklungsziele zu leisten.“

www.aids-kampagne.de

Behörden leugnen institutionellen Rassismus in Deutschland

BERLIN. Die deutschen Behörden haben wiederholt dabei versagt, bei Straftaten rassistische Tathintergründe zu erkennen und zu untersuchen. Amnesty International und zahlreiche Menschenrechtsorganisationen wie die „Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz“ (ECRI) oder der „UNAusschuss gegen Rassismus“ (Cwed) werten dies als deutliches Anzeichen für die Existenz von institutionellem Rassismus innerhalb der deutschen Sicherheitsbehörden, insbesondere bei der Polizei. Das Grundgesetz sowie zahlreiche Menschenrechtsnormen, wie beispielsweise die Europäische Menschenrechtskonvention, verpflichten die Bundesrepublik Deutschland dazu sicherzustellen, dass schwarze Menschen, People of Colour, Flüchtlinge sowie Angehörige anderer Gruppen, die von Rassismus betroffen sind, vor Diskriminierung zu schützen sind. Diese Schutzverpflichtung gilt insbesondere für rassistische Diskriminierung, die eine besondere Form der Diskriminierung darstellen, wie der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) festgestellt hat. Damit die Behörden diesen menschenrechtlichen Verpflichtungen nachkommen, müssen sie effektive Instrumente und Mechanismen zur Verhinderung, Untersuchung, Bestrafung und Wiedergutmachung von Unrecht einsetzen,

das aufgrund von rassistisch motivierten Straftaten durch Einzelne oder Gruppen entstanden ist. Dies beinhaltet auch ausdrücklich die Pflicht der Polizei, rassistisch motivierten Straftaten entgegenzuwirken sowie mögliche diskriminierende Motive zu untersuchen und selbstverständlich nicht selbst diskriminierend zu wirken.

<http://www.amnesty.de/>

Klage wegen Fabrikbrand bei KiK-Zulieferer

BIELEFELD. Gerechtigkeit für 260 Tote und 32 Verletzte: Das fordern die Überlebenden und Hinterbliebenen der Brandkatastrophe in der Textilfabrik Ali Enterprises in Karachi (Pakistan). Vier von ihnen reichten im März 2015 beim Landgericht Dortmund Klage gegen den deutschen Textildiscounter KiK ein. KiK war, nach eigenen Angaben, Hauptkunde der im September 2012 abgebrannten Fabrik. Heute hat das Gericht entschieden: Es sieht sich zuständig und die Kläger erhalten Prozesskostenhilfe. Diese Entscheidung ist der erste Schritt, damit ein Fall von Menschenrechtsverletzungen durch deutsche Unternehmen im Ausland auch vor einem deutschen Gericht verhandelt wird. Das European Center for Constitutional and Human Rights (Eccr) begrüßt die Entscheidung. Ebenso Rechtsanwalt Prof. Dr. Remo Klinger, der die Kläger vor Gericht vertritt. Mit dem Verfahren wollen die Kläger klarmachen, dass transnationale Unternehmen auch für die Arbeitsbedingungen in ihren Tochter- und Zulieferbetrieben im Ausland haften. Die Klage gegen KiK belege auch, wie nötig rechtliche Reformen seien. „Die Bundesregierung muss endlich einklagbare Sorgfaltspflichten für deutsche Unternehmen im Ausland einführen ... Die ArbeiterInnen bei dem KiK-Zulieferer in Karachi erstickten oder verbrannten, weil viele Fenster vergittert und einige Notausgänge verschlossen waren. Die Kläger, ein Überlebender und drei Angehörige sind Mitglieder der Baldia Factory Fire Affectedes Association, in der sich knapp 200 Familien organisiert haben. Sie fordern von KiK Schadensersatz in Höhe von 30 000 Euro pro Opfer.“

www.saubere-kleidung.de

Inzwischen hat die Unternehmensleitung von KiK eine weitere Entschädigungszahlung an die Opfer zugestimmt, insgesamt 5 Millionen Dollar, das entspricht 15 000 Euro pro Person. Am Freitag unterzeichneten KiK, die Kampagne für Saubere Kleidung, der weltweite Gewerkschaftsbund Industrial und die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) eine Vereinbarung, auch das Bundesministerium für Entwicklung war beteiligt.

Kriegsvorbereitungen ganz real auch in Mannheim

Im Juni 2016 sind in großer Zahl Panzer und andere Militärtransporter über die Bahn auf das Coleman-Areal der US-Army transportiert worden.

Auf dem Coleman Areal werden Panzer gelagert und gewartet und für einen möglichen Militäreinsatz in Osteuropa bereitgehalten.

Die US-Militärs geben diesen Fakt offen zu:

„Von Mannheim aus könnten Einheiten in ganz Europa schnell mit Militärgerät beliefert werden. Die Stadt ist ein wichtiger Eisenbahnknotenpunkt, und die Coleman Barracks seien ans Schienennetz angeschlossen. Die Coleman

Barracks bleiben deshalb voraussichtlich noch längere Zeit in der Hand der US-Armee. Ein Grund für die Reaktivierung des Geländes sei das derzeitige aggressive Verhalten Russlands gewesen. Deswegen hätten die USA die Entscheidung getroffen, ihre Depots für Militärgeräte in Europa aufzustocken. Man wolle für den Fall der Fälle schnell einsatzfähig sein. Zudem gehe es um Abschreckung“.

So zitiert der Südwestdeutsche Rundfunk in einer Sendung vom 1. September 2015 den Kommandeur der US-Landstreitkräfte in Europa, Ben Hodges.

Bisher ging man davon aus, dass auf dem Coleman Areal 1.200 Militärfahrzeuge und Gerätschaften, darunter 250 Panzer, gelagert sind. Wie hoch nach diesen neuerlichen Lieferungen aktuell der militärische Bestand ist, ist der Öffentlichkeit unbekannt.

Vermutlich stehen die Panzertransporte in Mannheim in direktem Zusammenhang mit dem Nato-Großmanöver mit rund 10.000 Soldaten aus 13 Staaten an der russischen Grenze.

Das Friedenplenum Mannheim spricht vom Coleman-Areal als einer „Drehscheibe für kommende Kriege.“ Die jüngsten Vorfälle sollten (nicht nur) die Mannheimer Öffentlichkeit auf den Plan rufen.

Kommunalinfo Mannheim



Panzertransporte in großer Zahl auf das Coleman Areal in MA-Sandhofen

Schweinfurt / Schonungen

Proteste gegen Schließung des Rathenau-Gymnasiums

Erst war es nur ein Gerücht – doch als es dann im Juni offiziell wurde, war die Aufregung groß: OB Remele und Schulreferent Montag wollen in ihrem neuen Schulentwicklungsplan aus Kostenersparnisgründen das Rathenau-Gymnasium sukzessive auflösen und die Schonunger Realschule im Rathenau-Gebäude mit der Rathenau-Realschule verschmelzen. Dies sei auch mit dem Landrat so abgesprochen.

Die Ankündigung schlug sowohl im Stadtrat als auch in der Öffentlichkeit sofort hohe Wellen. Als erstes protestierten die primär Betroffenen: SchülerInnen, LehrerInnen und Elternbeiräte der betroffenen Schulen, sowohl in Schweinfurt als auch in Schonungen.

Dann meldeten der Schonunger Bürgermeister Rottmann wie auch sein Gemeinderat Protest an. Auch DGB-Gewerkschaften und Personalräte schlossen sich dem Protest an.

Die Schweinfurter SPD ging mit dem Vorhaben hart ins Gericht und erklärte nach einer Fraktionsklausur am 18./19.6., dass auf Grundlage der vorliegenden Beschlussvorschläge eine so weitreichende Entscheidung nicht getroffen werden könne. Bevor der Schulentwicklungsplan der Stadt nicht vollständig aufgestellt, dem Stadtrat vorgelegt und ausreichend mit allen Beteiligten, diskutiert worden sei, könne nicht qualifiziert über eine für die Bildungslandschaft Schweinfurts „so elementare Entscheidung abgestimmt werden“.

Anders die Grünen: Während CSU und Linke sich noch nicht besprochen hatten und sich deshalb offiziell nicht äußerten, auch die SWL Kritik anmeldete, signalisierten sie gemeinsam mit prosw Zustimmung. Sie sahen das Vorhaben als „sinnvolle Reaktion auf die Veränderungen an, die sich aus

Demografie und Konversion ergeben“. Dennoch waren sich im Stadtrat alle Fraktionen einig, dass die Beschlussvorlagen der Verwaltung noch nicht entscheidungsreif seien.

Die Schulsituation in Schweinfurt

Laut OB Remele liege dem Vorhaben ein Schulentwicklungsplan für die Stadt und alle Schultypen zugrunde. Demnach würden die demografischen Rahmendaten die Stadt zum Handeln zwingen. Allein in den vier Schweinfurter Gymnasien – drei davon in staatlicher Trägerschaft – seien die Schülerzahlen von 4118 (2009/10) auf aktuell 3180 zurückgegangen. Dabei sei der doppelte Abiturjahrgang 2010/11 sogar mit einberechnet worden. „Wir brauchen den Blick für das große Ganze und müssen die Region sturmfest für die Herausforderungen der Zukunft machen“, so der OB mit markigen Wor-

ten. Laut „Schweinfurter Tagblatt“ versuche die Stadtverwaltung seit den 70er Jahren die Rathenau-Schulen in staatliche Trägerschaft zu übergeben. Das sei bisher nicht möglich gewesen, doch durch die Kooperation mit Schonungen habe sich jetzt eine Chance ergeben. Die Rathenau-Schulen mit ihrem wirtschaftswissenschaftlichen gymnasialen Zweig sind seit Jahrzehnten in kommunaler Trägerschaft. Sie werden derzeit von 531 GymnasiastInnen und 734 RealschülerInnen besucht. Die Stadt habe 2015 rund 800 000 Euro Sachaufwand und 6,77 Millionen Euro Personalkosten für 105 LehrerInnen an beiden Schulen aufgewendet.

Jetzt ist geplant, im Rathenau-Gymnasium 2017 nochmals FünftklässlerInnen aufzunehmen und dann die Schule abzuschmelzen. 2024/25 solle der letzte Jahrgang Abitur machen. Das Zusammenwachsen der Rathenau- mit der Schonunger Realschule

soll 2024/25 beginnen und 2029/30 beendet sein. Die neue Realschule hätte dann wohl ca. 1075 SchülerInnen und wäre in staatlicher Trägerschaft im Rathenau-Gebäude untergebracht. Die Stadt hätte dann nur die Kosten für den Sachaufwand zu tragen. Den städtisch angestellten LehrerInnen sicherte Remele zehn Jahre Schutz vor betriebsbedingten Kündigungen zu. In welchem Schweinfurter Gymnasium dann ein wirtschaftswissenschaftlicher Zweig eingerichtet werden soll, ist dabei ebenso wenig klar wie die Frage, ob es zukünftig einen Aderlass hochqualifizierter LehrerInnen gäbe.

Zusammenschluss der Schulen – Protest formiert sich!

Erster Höhepunkt der Proteste war dann am Montag, 20. Juni, eine Demonstration von rund 1000 SchülerInnen durch die Innenstadt zu einer Protestkundgebung auf dem Marktplatz,

wo die Protestierenden den Erhalt ihrer Schulen forderten. Bereits vorher war ein Schulfest in eine Protestveranstaltung von Schülermitverantwortung und LehrerInnen umgewandelt worden. Nach zahlreichen Gesprächen und einer Leserbriefkampagne kam es dann zum Schulerschluss der SchulsprecherInnen aller weiterführenden Schulen in Schweinfurt und es wurde für den 26. Juli eine gemeinsame Protestkundgebung geplant. Ziel sei es, die Qualität des Bildungsstandortes Schweinfurt zu erhalten und alternative Lösungen anzustoßen. An diesem Tag fand dann auch auf dem Georg-Wichermann-Platz eine Informations- und Protestveranstaltung mit mehreren Hundert SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern statt, die von Elternbeiräten Förderverein und GewerkschaftsvertreterInnen unterstützt wurde.

jüw, Nachrichten&Standpunkte

Wohnungsbau-Rekord in Mannheim – für wen, für wen nicht?

Es führt kein Weg am kommunalen Wohnungsbauprogramm vorbei!

Der „Mannheimer Morgen“ (MM) vermeldet am 23.8.16, bezüglich der erteilten Baugenehmigungen gebe es einen Rekord: 851 im Jahr 2015. In der Tat geht es rund in Mannheim mit Bebauungsplänen für Wohngebiete, mit Grundstücksverkäufen an Investoren und mit ersten Fertigstellungen, z.B. auf Turley, wo die drei Wohngruppen Tempo vorgelegt haben und ihre Objekte bereits bezogen haben.

Laut MM rechnet Baubürgermeister Quast mit 9.300 neuen Wohneinheiten bis 2030 (!), und einer Nachfrage nach neuen Wohnungen von bis zu 10.000. Ist damit alles schön ausgeglichen und müssen wir uns keine Sorgen mehr machen über die Entwicklung auch auf dem Mannheimer Wohnungsmarkt? Ja – wenn es so einfach wäre! Selbst der Redakteur des MM gibt zu bedenken: „Die Frage ist nur: Passt das Angebot auch zur Nachfrage?“

Zuvor muss noch gefragt werden: Bedeutet 9.300 neue Wohneinheiten denn auch ein Plus von 9.300 Wohneinheiten auf dem Wohnungsmarkt? Es gehen immer auch Wohnungen verloren, durch Zusammenlegung kleinerer zu großen Wohnungen beispielsweise, aber auch durch Abriss von vielen und Neuerichtung von weniger Wohnungen – wie jetzt gerade zwischen Carl-Benz- und Main-/Kinzig-Straße durch die GBG. Auch in Schönau-Nordwest wird die GBG noch eine nennenswerte Anzahl Wohnungen abreißen und dann wieder neu bauen.

Die Wohnungsnachfrage ist aber natürlich immer sehr differenziert, was die Größe und Preisklasse betrifft. Und genau hier liegt das eigentliche Problem.

Der Zuwachs an neuen Wohnungen wird – wenn nicht ein bedeutender Umschwung passiert – im Wesentlichen auf das gehobene bis regelrecht teure Segment beschränkt sein. Man kann aus heutiger Sicht die Ausnahmen von dieser fatalen Regel an den Fingern abzählen: Da wären die Baugemeinschaften auf Turley, die allerdings so hohe Grundstückspreise zahlen mussten, dass sie wahrscheinlich nicht unter 8 bis 8,50 Euro pro Quadratmeter kommen werden, trotz teilweise erheblichem Einsatz an Eigenleistung (im Häuslebauer-Jargon: Muskel-Kapital). Allerdings finanzieren diese Baugruppen in gewisser Weise auch der Öffentlichkeit zugutekommende Treff- und Kulturräume mit.

Dann wäre da eine weitere Baugruppe (EpiZentrum) auf Sullivan, die gerade versucht, eine Baugenossenschaft zu gründen und mit noch höheren Bodenpreisen zurechtzukommen. Eine weitere Gruppe hat bereits aufgrund des hohen erforderlichen Aufwands kapituliert. Die Baugruppen erstellen etwa hundert Wohneinheiten.

Das Gros der bezahlbaren Wohnungen „für breite Schichten der Bevölkerung“ wird jedoch in Franklin-Mitte bei verschiedenen Privatinvestoren und der GBG entstehen: 686 Mietwohnungen bis zu 7,50 Euro kalt, und 253 Eigentumswohnungen mit Kaufpreisen von bis zu 2800 Euro/m². Das wären dann zusammengekommen knapp über 1000 Wohneinheiten (ob in der Offizierssiedlung neben Franklin noch ein paar preisgünstige Wohnungen entstehen werden, ist noch nicht sicher). Genau um diese tausend Wohn-

einheiten ist in Mannheim in den letzten acht Jahren das Angebot der GBG an Wohnungen in diesem Preissegment zurückgegangen.

Auf all den anderen Flächen wie Glücksteinquartier, vorher schon Lanz-Carré (südlich des Hauptbahnhofs), Postareal (nördlich des Hauptbahnhofs), die Quadrate T 4 und T 5, Q 6 und Q 7, das Quartier der ehemaligen „III. Medizinischen Klinik“ auf dem Waldhof, Wohnen am Wasser (Luzenberg), Rheinauer See, Centro Verde, Turley, der größere Teil von Franklin-Mitte – Fehlanzeige im „bezahlbaren“ Segment. Die Mietpreise liegen absehbar bei 11 bis 12 Euro/m² und darüber. In Kleinanzeigen wird im „Mannheimer Morgen“ schon für die Anmietung von Wohnungen in Q 6 / Q 7 geworben. Der Quadratmeterpreis liegt bei 13,50 Euro. Auch die noch wenig konkreten Planungen für Käfertal-Süd am Rande der Spinelli-Konversionsfläche lassen nichts Preisgünstiges vermuten. Es sei denn, der Gemeinderat wirft doch noch das Ruder herum. Der Baudzernent stellt dem MM gegenüber in Aussicht, nochmals darüber nachzudenken, ob man nicht künftig auch preisgünstigere Wohnungen bauen wolle. Viel Zeit bleibt ihm dafür nicht, sonst sind alle Flächen anderweitig verplant und verbaut. Angeblich denkt er auch darüber nach, das sogenannten „Münchener Modell“ in Mannheim vorzuschlagen. Dieses Modell verlangt für alle Wohnungsbauvorhaben ab einer bestimmten Größe einen Sozialwohnungsanteil von mindestens 20%.

Der springende Punkt freilich ist: München setzt Jahr für Jahr etwa 120

Millionen Euro für „sozial gerechte Bodennutzung“ ein. Die viel zitierten „Quoten“ sind nicht einfach der Erlass einer Satzung, sondern auch die Zurverfügungstellung erheblicher Zuschüsse an die Bauherren. Die immer wieder als positives Beispiel zitierte Stadt Wien mit ihren riesigen kommunalen Wohnungsbeständen zu billigen Mieten bringt jährlich etwa 300 Millionen Euro netto für ihre Wohnungswirtschaft auf, wie man ihrem Haushalt entnehmen kann.

Wenn Herr Quast nun tatsächlich begännen, in diese Richtung zu denken, dann müsste „nur“ noch die bisher gegen alle solche Forderungen resistente Gemeinderatsmehrheit überzeugt werden. Die zwei Stimmen der Linken reichen leider nicht. Immerhin hängt die SPD auf ihrer neuerdings wieder proklamierten nach Suche sozialer Gerechtigkeit Plakate mit der Forderung von tausend bezahlbaren Wohnungen (innerhalb drei Jahren) auf. Sie fordert – seit sie nicht mehr in der Landesregierung mit ihrem Schwarze-Nullen-Finanzminister Nils Schmid vertreten ist – die hierfür erforderlichen Subventionen vom Land zu holen.

Richtig ist: Ohne Zuschüsse, die die in Mannheim wie in jeder Großstadt steigenden Bodenpreise wenigstens teilweise ausgleichen, gibt es keine preisgünstigen Wohnungen. Also braucht auch Mannheim ein kommunales Wohnungsbauprogramm – gerne natürlich gespeist aus Bundes- und Landesgeldern.

Die grün-schwarze baden-württembergische Landesregierung unternimmt freilich keinerlei Anstalten, die Kommunen hier zu unterstützen. Zwar will sie im September die Konkretisierung eines neuen Landeswohnraumförderungsgesetzes in den Landtag einbringen, das laut der Geheimvereinbarung mit ein paar Millionen Euro mehr ausgestattet sein soll. Sie hat auf ihrer Geheimagenda aber auch eine drastische Reduzierung des kommunalen Finanzausgleichs auf dem Programm, so dass hier nicht Gutes zu erwarten ist. Eine Erhöhung der Erbschaftssteuer und die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, mit der sich eine echte finanzielle Unterstützung eines langfristig mietpreisgebundenen bezahlbaren Wohnungsbaus abdecken ließe, lehnt der grüne Landesvater jedoch beknähtlich vehement ab.

Also muss die Stadt Mannheim die gegenwärtig munter und weit über Budget fließenden Steuereinnahmen teilweise für ein effektives kommunales Wohnungsbauprogramm mit 20 oder gerne auch mehr Millionen Euro auflegen. Sonst sind Unruhe und Abwanderungen (gar nicht der ärmsten Bevölkerungsschichten) vorprogrammiert.

Thomas Trüper;
Kommunalinfo Mannheim

Kölner Wohnungsmarkt

Keine Privatisierung der GAG!

Die GAG Immobilien AG ist mit über 42 000 Wohnungen das größte Wohnungsunternehmen im Raum Köln und gehört zu 88 Prozent der Stadt Köln. Aktuell plant die GAG den Verkauf von fast 600 Wohnungen an einen privaten Fonds. Wir dokumentieren aus der Rede von Jörg Detjen, Rats Herr Die Linke, anlässlich einer Pressekonferenz gegen die Privatisierung.

Die GAG will noch in diesem Monat 444 Wohnungen in Wesseling verkaufen. Weitere 152 Wohnungen sollen folgen. Diese Wohnungen werden privatisiert und an einen privaten Fonds verkauft.

Das ist für den sozialen Wohnungsbau aus Kölner Sicht ein Tabubruch:

- Preisgünstiger Wohnraum und Sozialwohnungen werden an einen privaten Fonds verkauft. Dass dieser Fonds Gewinnabsichten hat, liegt klar auf der Hand.
- Es werden bebaute Flächen in der Kölner Region aus der Hand gegeben, die man auch langfristig hätte verdichten können.
- Wohnungspolitik wird nicht mehr regional gedacht, sondern endet an der Stadtgrenze. Wie einfältig und unsolidarisch wird hier mit der Stadt Wesseling und dem Rhein-Erft-Kreis verfahren?
- Eine planmäßige Politik bei Wohnungsnot sieht anders aus.

Der GAG-Vorstand hat mit diesem Verkauf seit langem geliebäugelt:

- Von Mieterinnen und Mietern haben wir erfahren, dass z.B. in der Petersbergerstraße schon vor einigen Jahren einzelne Wohnungen verkauft wurden, wenn Mieter ausgezogen sind.
- Den Mieterinnen und Mietern wurden nach unseren Informationen die Wohnungen nicht zum Kauf angeboten. Der Verkauf dieser Wohnungen hat also mit dem

bekannten GAG-Modell „Mieter werden Eigentümer“ nichts zu tun.

- Auch den Mieterinnen und Mietern z.B. im Kastanienweg wurde kein Kauf ermöglicht. Dort gibt es kleine Häuschen, in denen Personen seit über 40 Jahren wohnen.
- Ein Großteil der 444 Wohnungen, die nun verkauft werden sollen, wurden erst vor wenigen Jahren auf Kosten der GAG saniert. Die 152 Wohnungen, die die GAG noch nicht verkauft, sind nicht saniert und teilweise in schlechtem Zustand. – An diesen Wohnungen wird auf Jahre hinaus nichts gemacht werden, und die Mieter müssen mit dem schlechten Zustand dieser Wohnungen zurechtkommen.

Wir haben am Samstagnachmittag ein Flugblatt verteilt und die GAG-Mieterinnen und Mieter überhaupt unterrichtet. Die wussten von nichts und waren sprachlos.

Einzelne fragten uns, können wir die Wohnung denn kaufen? Ich vermute, dass der entscheidende und ausschlaggebende Grund für diesen Verkauf die Kölner Haushaltslage ist. Schwarz-Grün hat angekündigt, in Zukunft jedes Jahr neunzig Millionen Euro aus den städtischen Unternehmen rauspumpen zu wollen. Warum die Kölner SPD diesen Kurs mitträgt, bleibt mir ein Rätsel.

Ich gehe davon aus, dass die Wohnungen in Wesseling mit Hypotheken belastet sind und dass die reinen Verkaufserlöse viel niedriger ausfallen werden.

Deshalb fordert Die Linke im Kölner Rat, dass die Wohnungen im Bestand der GAG bleiben.

Einen Privatisierungskurs der GAG haben wir vor Jahren erfolgreich verhindert. Jetzt geht es darum, auch eine häppchenweise Privatisierung zu verhindern!

Wir brauchen im Rheinland und nicht nur in Köln einen gemeinsamen Kurs gegen den Wohnungsnotstand. Gerade die gemeinnützigen und sozialen Wohnungsunternehmen stehen hier in der Pflicht.

Und wir bitten auch die Kirchen, sich in diese öffentliche Diskussion einzubringen. Einige Grundstücke von Wohnungen, die jetzt privatisiert werden sollen, sind in Erbpacht der Kirche.

Die Linke hat in den Diskussionen zur aktuellen Wohnungspolitik immer wieder betont: Wir wollen eine starke GAG. Wenn das Unternehmen mehr soziale Wohnungen bauen soll, braucht es mehr Eigenkapital und mehr Grundstücke. Hier wird genau das Gegenteil getan.



Kein Verkauf von GAG-Wohnungen

GAG-Mieterinnen und Mieter in Wesseling:

Bitte tragen Sie sich in die Unterschriftenlisten ein!

Alle anderen: Unterstützen Sie die Online-Petition!

www.openpetition.de/petition/online/kein-verkauf-der-444-gag-wohnungen-in-wesseling

Wohnsitzauflage: Menschliche Härten vermeiden: ESSEN. Die Stadt Essen und insbesondere das Ausländeramt sollen alle Spielräume nutzen, Geflüchteten eine Bleibeperspektive in Essen zu gewähren, die von der neuen Wohnsitzauflage betroffen sind. Das fordert die Ratsfraktion Die Linke, die einen entsprechenden Antrag für die Ratsitzung am Mittwoch gestellt hat. „Insbesondere die rückwirkende Gültigkeit der Wohnsitzauflage ab dem 1. Januar bringt unverhältnismäßige Härten mit sich“, so die Fraktionsvorsitzende Gabriele Giesecke. „Deshalb hat unsere Bundestagsfraktion das neue Gesetz abgelehnt. Es wäre ein Bärendienst für die Integration, Menschen wieder wegzuschicken, die erste Integrationschritte unternommen haben, zur Schule gehen, eine Wohnung haben oder arbeiten. Diese Integrationsprozesse dürfen nicht unterbrochen werden. Wir möchten am Mittwoch im Rat erreichen, dass die Umsetzung der Residenzpflicht zu keinen Härtefällen führt.“

Hart getroffen sind Menschen, die kurz vor dem 6. August bekommen sind, erst danach einen Termin beim Ausländeramt bekommen haben und so nicht in Essen angemeldet werden. „Auch hier gilt, dass menschliche Härten vermieden werden müssen“, so Ulla Lötzer, für Die Linke im Sozialausschuss. „Schließlich dürfen die Menschen nicht ausbaden, dass die Ausländerbehörde überlastet ist, und sie deshalb nicht eher einen Termin bekommen haben. Geflüchtete, die vor dem 6. August Essen erreicht haben, müssen sich anmelden können, damit auch für sie mögliche Spielräume gelten.“ <http://www.linksfraktion-essen.de>

Linke & Piraten gegen Burkini-Verbot in Dortmund: Auch in Dortmund gibt es ein Burkini-Verbot. Muslimische Frauen dürfen den Ganzkörperanzug zwar tragen, aber damit nicht das Schwimmbecken betreten. So die Aussage von Claudia Heckmann, der Leiterin der Sportwelt in den Medien. Die Fraktion Die Linke & Piraten findet dieses generelle Verbot falsch. Nach Ansicht der Fraktion Die Linke & Piraten ist die Argumentation, Burkinis seien unhygienisch, nicht nachvollziehbar. „Aus dem gleichen Grund könnte man fordern, dass (Windel-)Kinder unter drei Jahren ein Schwimmbad nicht besuchen dürfen. Ebenso könnte eine Wiedereinführung von Badekappen gefordert werden“, sagt Utz Kowalewski, Vorsitzender der Fraktion Die Linke & Piraten. Burkinis sind aus dem gleichen Stoff gefertigt wie Badeanzüge, Bikinis oder Badehosen. Mit dem Abdschen vor dem eigentlichen Schwimmen würden damit die gleichen hygienischen Standards wie bei anderer Badebekleidung erfüllt, ar-

gumentiert Kowalewski. Der Fraktion Die Linke & Piraten ist es wichtig, dass muslimische Frauen nicht ausgegrenzt werden und ihnen auch eine Teilnahme an Freizeitaktivitäten wie Schwimmen ermöglicht wird. Das gilt auch für muslimische Kinder, die mit Unterstützung ihrer Mutter schwimmen lernen sollen. Auch die Argumentation von interessierter Seite, dass Burkinis der Unterdrückung muslimischer Frauen durch ihre Männer dienen, könne man so ebenfalls nicht stehen lassen, so Kowalewski. Tatsache sei, dass ein Badbesuch mit einem Burkini bereits ein Fortschritt sei im Vergleich zu den Zeiten, als muslimische Frauen grundsätzlich nicht in öffentlichen Bädern zu sehen waren. Utz Kowalewski: „Fortschritte brauchen ihre Zeit. Aber es ist definitiv kein Akt der Frauenbefreiung, wenn bekleidete Frauen (von Männern, etwa Schwimmmeistern, oder in Frankreich sogar von Polizisten) dazu gezwungen werden, sich zu entkleiden.“ <http://www.dielinke-dortmund.de>

Viele neue Wohnungen, zu viele falsche Wohnungen: HAMBURG. Heute wurde die Neuauflage des Wohnungsbauvertrages zwischen dem Senat und den sieben Hamburger Bezirken vorgestellt. Demnach sollen nunmehr jährlich 10 000 bzw. 11 000 Baugenehmigungen erteilt werden, davon 3 000 für öffentlich geförderte Wohnungen. In dem alten Vertrag waren 6 000 Genehmigungen, davon 2 000 öffentlich gefördert, festgelegt. „Bei diesem Vertrag weiß ich nicht, ob ich lachen oder weinen soll“, sagt Heike Sudmann, wohnungspolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke in der Hamburgischen Bürgerschaft. Jahrelang habe die SPD die Forderung der Linken nach mindestens 8 000 Neubauwohnungen jährlich als unrealistisch und populistisch abgetan. „Dass nun die Einsicht da ist und mehr Wohnungen gebaut werden sollen, ist ein echter Fortschritt. Doch der Anteil der Wohnungen für Menschen mit wenig Einkommen ist viel zu klein.“

Das Missverhältnis zwischen öffentlich geförderten und freifinanzierten Wohnungen wird sogar noch größer als bisher, rechnet Sudmann vor: Es sind mindestens 11 000 Baugenehmigungen angestrebt. Diese Zahl findet sich nur versteckt auf der letzten Seite unter Nr. 8, 2. Absatz. Dort heißt es, dass das bisher erreichte Niveau von 10 000 Baugenehmigungen jährlich gehalten werden soll und die Bezirke darüber hinaus mindestens 10 Prozent zusätzliche Baugenehmigungen erteilen sollen. Der Anteil der öffentlich geförderten Wohnungen ist jedoch auf 3 000 festgelegt (vgl. S. 1, erster Spiegelstrich). Das sind noch nicht mal 30 Prozent, damit ist der Senat weit entfernt von seinem

propagierten Drittmix. <http://www.die-linke-hamburg.de>

Die Linke.: Zahl der Obdachlosen in Lübeck fast verdoppelt.

Die Zahl der Obdachlosen hat sich von 2012 bis heute fast verdoppelt, so die Antwort der Verwaltung auf eine Anfrage der Linken in Sozialausschuss. Zunehmend sind auch ältere Frauen betroffen. Die Gründe sind vielfältig, zum einem sind 2500 Wohnungen vor zwei Jahren aus der Mietpreisbindung herausgefallen und die Mieten haben in den letzten Jahren deutlich zugelegt. Zum anderen wurden viele alte Geschoßwohnungen abgerissen und zwar wieder neu aufgebaut, in der Summe sind in Lübeck jedoch keine Geschoßwohnungen hinzugekommen. „Die Verantwortlichen aus Politik und Verwaltung haben jahrelang die Augen verschlossen vor dieser Entwicklung und lediglich Luxusbauprojekte unterstützt. Alle Warnungen von unserer Seite, aber auch vom Lübecker Mieterbund und anderen wurden ignoriert. Nun haben wir das Problem, das wir unseren Bürgerinnen und Bürgern keinen Wohnraum mehr anbieten können“ erklärt Katjana Zunft, Mitglied im Sozialausschuss und Vorsitzende der Lübecker Linken. „Gerade die SPD hat trotz der Zahlen stets geleugnet, dass eine Wohnungskrise heranwächst.“

<http://www.die-linke-luebeck.de>

Mehrkosten für Flüchtlingsunterbringung: Die Linke will anderen Kurs einschlagen.

KÖLN. Auf der Sitzung des Sozialausschusses gestern gab der neue Sozialdezernent Rau Mehrkosten von 35,4 Mio. Euro für die Unterbringung von Flüchtlingen bekannt. Schuld an den nicht eingeplanten Ausgaben sind die Massenunterkünfte wie Turnhallen und Leichtbauhallen, so die Verwaltung. Das wundert Jörg Detjen, Vorsitzender der Linksfraktion im Kölner Stadtrat, nicht: „Seit Jahrzehnten ist bekannt, dass die Unterbringung in Wohnungen die billigste Lösung für die Stadt ist. Gleichzeitig ist sie auch die beste Unterbringung für Flüchtlinge und ihren Weg in ein normales Leben. Wir müssen von dem Wahnsinn abrücken, für die schlechteste Unterbringung die höchsten Preise zu bezahlen. Der neue Sozialdezernent sollte jetzt die Möglichkeit nutzen, einen neuen Weg einzuschlagen.“ „Dabei sollte sich die Verwaltung stärker auf die oftmals guten Ideen aus der Stadtgesellschaft einlassen“, fordert Jörg Detjen. „So wollen die Genossenschaftsmitglieder der Indiansiedlung am Kalscheurer Weg ihre Siedlung durch Häuser für Flüchtlinge erweitern – mit viel Eigeninitiative der alten und neuen Bewohner. Hier muss eine neue Genehmigungskultur entstehen. Die Verwaltung sollte

Schwierigkeiten aus dem Weg räumen helfen anstatt alles Unkonventionelle von vorneherein als nicht machbar abzustempeln.“ „Der Schlüssel zu einer günstigen und menschenwürdigen Flüchtlingsunterbringung bleibt der kommunale soziale Wohnungsbau“, ist Jörg Detjen überzeugt. „Private Investoren versagen dabei, deswegen muss die GAG weitaus mehr bauen. Die Gewinne der GAG sollen deshalb nicht in den städtischen Haushalt fließen, sondern in den Wohnungsbau, auch für Flüchtlinge. Dort bringen sie der Stadt die höhere Rendite und sorgen gleichzeitig für ein sozialeres Köln.“ <http://www.linksfraktion-koeln.de>

Parlamentarischer Untersuchungsausschuss zu Ausbeutung und Sozialbetrug in Bremerhaven. Heute hat die Fraktion Die Linke zusammen mit der CDU einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss (PUA) eingesetzt. 21 Stimmen werden für einen solchen Ausschuss benötigt. Beide Fraktionen haben die erforderliche Mehrheit. Der Sachverhalt nach derzeitigem Kenntnisstand: Zwei Vereine haben über mehrere Jahre hunderte türkischsprachige EU-Zuwanderer*innen aus der bulgarischen Stadt Varna nach Bremerhaven gelockt, und mit Scheinselbstständigkeit und erfundenen Arbeitsverträgen versorgt. Die Menschen sind Teil einer diskriminierten Minderheit in Bulgarien, die mit dem deutschen Sozialrecht wenig vertraut ist und von den Vereinen in starke Abhängigkeitsverhältnisse gebracht werden konnte. Teilweise wurden die Migrant*innen zu realen Unternehmen in extrem ausbeuterische und ungesicherte Beschäftigungsverhältnisse vermittelt. Die Vereine kümmerten sich außerdem um die Amtsgeschäfte und beantragten aufstockende Sozialleistungen. Sie vermittelten zweifelhaft Wohnungen zu extrem hohen Preisen. Außerdem wurden erhebliche Summen über das Bildungs- und Teilhabepaket abgerechnet. Diese Abrechnungen weisen ebenfalls Auffälligkeiten auf. Pro Jahr wurden so Gelder in Höhe von mehreren Millionen Euro „erwirtschaftet“. Die ausgebeuteten Migrant*innen mussten einen großen Teil ihres Einkommens an die Vereine abführen, die Vorsitzenden sollen sich persönlich erheblich bereichert haben. Einer der stellvertretenden Vorsitzenden ist der SPD-Bürgerschafts-abgeordnete Patrick Öztürk, der die Bulgaren auch für seinen persönlichen Wahlkampf im Frühjahr 2015 eingesetzt hat. <http://www.dielinke-bremen.de>

Geschäfte jenseits der Rechtslage beenden: BOTTRUP. Die Linke im Rat verlangt ein Ende der rechtswidrigen Gefälligkeitsgenehmigungen für verkaufsoffene Sonntage in unserer Stadt.

Laut jüngsten Gerichtsurteilen sind Ladenöffnungen an Sonntagen nur zulässig, wenn sie nur „Zugabe“ zu einem ohnehin Besuchermassen anziehenden Fest sind. Danach ist es ausdrücklich unzulässig, Sonntagsöffnungen zu genehmigen, bei denen eine Alibi-Festveranstaltung den Anlass liefern soll, der Hauptteil der Besucher aber wegen der Ladenöffnung kommt. Die Landesregierung hat die Kommunen bereits in einem entsprechenden Erlass im November 2015 darauf hingewiesen. „Angesichts der eindeutigen Lage gibt es in unserer Stadt dringenden Handlungsbedarf. Zum Beispiel sind die Genehmigungen der Sonntagsöffnungen des Möbelriesen Ostermann eindeutig rechtswidrig“, sagt Linke-Ratsherr Niels Holger Schmidt und stellt fest: „Bei Ostermann gibt es kein eingeführtes Volksfest, das tausende Besucher anziehen würde. Der Oberbürgermeister ist nach den aktuellen Urteilen und auch einem entsprechenden Erlass der Landesregierung verpflichtet, diese rechtswidrigen Geschäfte zu stoppen, indem er einen entsprechenden Ratsbeschluss veranlasst“, sagt Schmidt. Die Linke hat daher eine Anfrage an den OB gerichtet. Darin wollen die Sozialisten wissen, welche Folgerungen Tischler aus den aktuellen Urteilen und dem Regierungserlass ziehen will. Ferner fragt Die Linke, welche Maßnahmen der OB ergreifen, um die von den Gerichten verlangten nachvollziehbaren Prognosen zu den Besucherzahlen der einzelnen Veranstaltungen vor der Genehmigung anzustellen. Auch will Schmidt wissen, warum solche Prognosen bisher von der Bottroper Verwaltung im Gegensatz etwa zum Bochumer Beispiel unterblieben sind. <http://www.dielinke-bottrop.de>

Finanzlage der Kommunen insgesamt verbessert – aber viele Risiken und die Probleme finanzschwacher Kommunen bleiben. BERLIN. Die Finanzsituation vieler Kommunen hat sich ebenso wie die von Bund und Ländern im vergangenen Jahr verbessert. Auch in den kommenden drei Jahren hoffen die Städte, Landkreise und Gemeinden dank der Bundeshilfen insgesamt auf leichte Überschüsse. Allerdings erscheint die weitere Entwicklung eher fragil und von Risiken und Unwägbarkeiten begleitet. Zudem vergrößern sich die regionalen Unterschiede zwischen finanzstarken und strukturschwachen Kommunen weiter.

Anlässlich neuer Prognosedaten zur kommunalen Finanzlage sagten heute die Präsidentin des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeisterin Dr. Eva Lohse, Ludwigshafen, und die Präsidenten des Deutschen Landkreistages, Landrat Reinhard Sager, Kreis Ostholstein, und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Bürger-

meister Roland Schäfer, Bergkamen: „Momentan können schon geringfügige Veränderungen einzelner wichtiger Rahmenbedingungen die Hoffnungen der Kommunen auf einen Finanzierungsüberschuss zunichte machen. Zu nennen sind hier etwa die fiskalischen Unsicherheiten, die mit Flüchtlingszuzug und Integrationsaufgaben einhergehen. Die Kommunen arbeiten auch in den kommenden Jahren hart daran, Defizite zu vermeiden. Sie müssen aber darauf setzen können, dass insbesondere die Länder wesentliche Teile der kommunalen Mehrkosten übernehmen, die für die Integration entstehen.“

Die Prognose der kommunalen Spitzenverbände gibt Werte für die Gesamtheit der Kommunalfinanzen wieder. „Gute Durchschnittswerte dürfen aber nicht den Blick darauf verstellen, dass viele Städte, Landkreise und Gemeinden weiterhin mit großen Defiziten kämpfen müssen und dass die kommunalen Finanzprobleme in bestimmten Ländern keineswegs aufgelöst sind. Vielerorts droht weiterhin eine Abwärtsspirale aus niedrigen Einnahmen, hohen Sozialausgaben und völlig unzureichenden Investitionen. Diese Problemlagen bestehen auch unabhängig vom Flüchtlingszuzug“, betonten Lohse, Sager und Schäfer. Der flüchtlingsbedingte Mehraufwand wird allein bei den sozialen Leistungen auf jährlich 2 bis 5 Milliarden Euro geschätzt. Die kommunalen Spitzenverbände weisen darauf hin, dass im Rahmen der Prognose diese Mehrausgaben nicht isoliert aufgeführt werden können, da lediglich Teilbereiche von ihnen (wie die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz) statistisch gesondert erfasst und ausgewiesen werden. „Damit zumindest im Nachhinein eine genaue Kostenerfassung und Erstattungen möglich werden, laufen in vielen Bundesländern derzeit Abfragen zu den flüchtlingsbedingten Ausgaben. Sie sollen die Basis für eine genaue Abrechnung zwischen Ländern und Kommunen liefern. Klar ist, dass die zusätzlichen Belastungen während der gesamten Integrationsphase sehr hoch sind, nicht nur während des laufenden Asylverfahrens. Vor allem die Länder sind deshalb aufgefordert, die Kommunen entsprechend zu unterstützen“, betonten Präsidentin und Präsidenten. Bei den Sozialausgaben erwarten die Kommunen für den gesamten Prognosezeitraum von 2016 bis 2019 weiterhin deutliche Anstiege – auch unabhängig vom Flüchtlingszuzug und der Konjunktur. Das betrifft z.B. die Kosten für die Hilfen zur Erziehung, die Jugendhilfe, die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung oder die Hilfe zur Pflege. <http://www.staedtetag.de>

Zusammenstellung: ulj

Flexibel und fair: Das neue Arbeitszeitsystem bei Deutz Köln

Flexibel sein, mal länger mal kürzer arbeiten: Das verlangen viele Unternehmen von ihren Beschäftigten. Deren Wünsche spielen oft keine Rolle. Dass es auch anders geht, zeigt der Fall des Motorenherstellers Deutz in Köln. Dort hat der Betriebsrat neue Arbeitszeitregeln durchgesetzt.

Werner Scherer weiß noch genau, wie in seinem Betrieb früher mit dem Thema Arbeitszeit umgegangen wurde: „Darüber wurde nicht geredet“, sagt der langjährige Betriebsratsvorsitzende von Deutz in Köln. „Und meistens wurden immer nur Überstunden angehäuft.“ Transparent war das System auch nicht: Die Beschäftigten konnten ihre Arbeitszeitkonten nicht täglich einsehen.

Heute ist das alles anders.

Der Betriebsrat hat bei dem Kölner Motorenbauer eine neue Arbeitszeit-Regelung für alle Beschäftigten durchgesetzt, die nicht taktgebunden oder direkt in der Produktion arbeiten. Herzstück ist ein Ampelsystem. Stehen auf dem Arbeitszeitkonto minus zehn bis plus 35 Stunden, ist alles im grünen Bereich. Ab 36 Überstunden springt die Ampel auf gelb. Dann geht automatisch ein elektronischer Hinweis an die Vorgesetzten: Achtung, Kollegin XY muss Stunden abbauen!

Ab 50 Überstunden schaltet die Arbeitszeit-Ampel auf rot. Dann müssen entweder schnell Stunden reduziert werden – oder die Vorgesetzten müssen bezahlte Mehrarbeit beantragen.

Der Clou: Die Beschäftigten können selbst über ihre Zeit entscheiden, solange sie im „grünen Bereich“ sind. Sie können zum Beispiel spontan einen Tag frei nehmen – für Einkäufe, Kinderbetreuung, Arztbesuche.

Quantensprung um dreißig Jahre

Für das Ampelsystem musste ein neues Zeiterfassungssystem her. Am Computer lässt sich das persönliche Zeitkonto jetzt jederzeit prüfen. Per Chipkarte wird die Arbeitszeit minutengenau erfasst. Geleistete Arbeit kann nicht einfach „verfallen“, wie es in Deutschland millionenfach passiert. Und durch die Ampel-Grafik sieht man auf einen Blick, wo man steht. Noch wichtiger als die technische Umsetzung ist die Philosophie, die hinter den neuen Arbeitszeitregeln steht. Werner Scherer und sein Betriebsrat haben sich das neue Modell nicht allein ausgedacht. Am Anfang standen viele Fragen: Was wollen die Kolleginnen und Kollegen eigentlich? Welche Wünsche haben sie für die Arbeitszeitgestaltung? Was sind ihre dringendsten Bedürfnisse?

Bei der Suche nach Antworten ging der Betriebsrat systematisch vor: Die

groß angelegte Beschäftigtenbefragung der IG Metall hatte bereits 2013 gezeigt, wie wichtig das Thema Arbeitszeit vielen Beschäftigten ist. Der Deutz-Betriebsrat befragte die Be-

Köln stießen die neuen Ideen zunächst auf wenig Gegenliebe. Die Manager wollten die Verfügungsgewalt über die Zeit der Beschäftigten nicht aufgeben. Die Verhandlungen liefen zäh. Am

Fast eine Milliarde unbezahlte Überstunden

816 Millionen

bezahlte Stunden Mehrarbeit



Die Beschäftigten leisteten im Jahr 2015 insgesamt 1,813 Milliarden Stunden Mehrarbeit. Weniger als die Hälfte davon wurde bezahlt.



997 Millionen

unbezahlte Stunden Mehrarbeit



Infografik / Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Arbeitszeitrechnung 2016



beschäftigten im Unternehmen nochmal gezielt danach.

Das Ergebnis war eindeutig: Die überwältigende Mehrheit wünschte sich, selbstbestimmter zu arbeiten. Die größte Zustimmung gab es mit 96 Prozent bei der Aussage: Wenn der Arbeitgeber von mir zeitliche Flexibilität fordert, dann will ich im Gegenzug auch kurzfristig Freizeit nehmen können.

„Flexibilität darf keine Einbahnstraße sein“, fasst Betriebsrat Scherer die Stimmung in der Belegschaft zusammen. Entsprechend positiv sind die Rückmeldungen auf die neuen Arbeitszeitregeln, die seit Juni gelten. Witich Roßmann, Erster Bevollmächtigter der Kölner IG Metall, urteilt: „Bei Deutz sind wichtige Arbeitszeit-Ziele der IG Metall umgesetzt: mehr Souveränität für die Beschäftigten, kein Verfall von Arbeitszeit.“

Zähes Ringen

Bei der Deutz-Geschäftsführung in

Ende setzte der Betriebsrat ein Ultimatum: Schluss mit der Kontrollmentalität, sonst haben wir ein Problem.

Die Bedenken des Managements erwiesen sich ohnehin als wenig begründet. Für Notfälle gibt es Regeln: Vorgesetzte können Ausgleichstage unterbinden, wenn „wichtige betriebliche Belange“ dagegensprechen. Damit keine Willkür herrscht, sind diese „Belange“ definiert: Sie greifen zum Beispiel bei dringender Terminarbeit oder wenn die Minimalbesetzung einer Abteilung unterschritten würde.

Dass sich die neue Arbeitszeitkultur auszahlt, dürften aber auch die skeptischsten Manager bald einsehen. Wenn sie junge Fachkräfte gewinnen und halten wollen, bleibt ihnen kaum etwas übrig, als flexible Arbeitszeitmodelle anzubieten. „Junge Ingenieure oder Entwickler erwarten das heutzutage“, sagt Betriebsrat Werner Scherer.

www.igmetall.de/

Bild Betriebsrat Werner Scherer

Arbeitsgestaltung im Gebäudereiniger-Handwerk

Der Bundesinnungsverband des Gebäudereiniger-Handwerks und die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt haben am 10. August eine Vereinbarung getroffen, die einen starken Einfluß auf die Arbeitsgestaltung der Branche entwickeln könnte und damit stark über die üblichen tarifvertraglichen Gestaltungselemente hinausweist. In den Verhandlungen standen Maßnahmen zum Arbeits- und Gesundheitsschutz sowie zur Qualitätssicherung im Zentrum. Zwei Expertengruppen mit Vertretern der beiden Verhandlungspartner wurde bereits 2015 ins Leben gerufen. Hintergrund für die Initiative der IG BAU war eine in der Reinigungsbranche verbreitete Praxis, dass nach vereinbarten Tarifierhöhungen Betriebe die Leistungsanforderungen hochschraubten. Die IG BAU setzt dagegen auf die Gestaltung der Arbeitsbeziehungen basierend auf der Qualifikation der Beschäftigten, der aktiven Einbeziehung der Vorgesetzten und der Einschätzung, dass die Arbeitsprozesse heute auch in der Reinigungsbranche nicht mehr angemessen zu organisieren sind, wenn die Beschäftigten nicht als aktiv Handelnde mit vielfältigen auch sozialen und kommunikativen Kompetenzen ausgestattet agieren.

„Der stetig steigende Leistungsdruck soll nun durch zwei Schritte eingedämmt werden. Erstens müssen die Beschäftigten durch Schulung in die Lage versetzt werden, die Vorgaben zu schaffen. Zweitens müssen die Arbeits-

bedingungen so geregelt sein, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gesund bleiben – und zwar an Körper und Seele. Dazu gehört selbstverständlich auch die zweckmäßige Gestaltung der Arbeitsaufgabe“ (IG BAU Bundsvorstandmitglied U. Laux – nach Pressemitteilung der IG BAU vom 10.8.2015).

Die Vereinbarung sieht vor, dass für die Beschäftigten ein Rahmenlehrplan für eine bessere Qualifizierung ausgearbeitet werden soll. In diesem Zusammenhang werden Gewerkschaft und Arbeitgeber eine Broschüre herausgeben, die Anforderungen an die Arbeitsbedingungen beschreibt.

Als Inhalte des Handlungsleitfadens sind unter anderem beschrieben:

Maßnahmen zur Einbindung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes in die Betriebsorganisation:

- Ablauforganisation
 - Arbeitsgestaltung mit reduzierter psychischer Belastung, Arbeitstechniken und -Methoden
 - Gefährdungsbeurteilung als Schwachstellenanalyse mit dem Ziel der kontinuierlichen Verbesserung
- Maßnahmen zur Verbesserung der Schulung, Information und Unterweisung der Beschäftigten zum Arbeits- und Gesundheitsschutz*

Interessant ist auch die Hervorhebung der sozialen Kompetenzen für die Arbeitsbeziehungen und den Arbeitsprozess. Der Rahmenlehrplan soll hier unter dem Titel „Fachliche und persönliche Qualifizierung“ unter anderem die folgenden Aspekte vorsehen:

- Fachwissen Gebäudereinigung, Arbeits- und Gesundheitsschutz, Arbeitsorganisation, Arbeitstechniken, Materialkenntnisse, Materialeinsatz und Leistungsverzeichnis
- Mitarbeiterführung, Rolle der Vorarbeiterin / des Vorarbeiters, führen von kleinen Gruppen
- Kundenkontakt
- Stärkung persönlicher Kompetenzen im Umgang mit Reklamationen und Kritik
- Erfolgreich kommunizieren und kooperieren.

Der Rahmenlehrplan richtet sich in einem ersten Schritt an Vorarbeiterinnen und Vorarbeiter. Diese sollen dann einerseits die Beschäftigten im Bereich effizient reinigen unterweisen. Andererseits sollen sie auch präzise wissen, welche Arbeiten der Kundenauftrag umfasst, denn teilweise verlangen Kunden darüber hinausgehende Tätigkeiten. Und schließlich sollen die Vorarbeiterinnen und Vorarbeiter eingreifen, wenn der Arbeitsumfang trotz Schulung nicht in der vorgegebenen Zeit leistbar ist.

Ziel der gemeinsamen Broschüre ist es auch, die Beschäftigten zu befähigen, Maßnahmen zum Arbeits- und Gesundheitsschutz selbständig einzuführen beziehungsweise bestehendes Arbeitsschutzsystem zu überprüfen und bei Bedarf anzupassen. In diesem Zusammenhang will die IG BAU die Aktion mit der Unterstützung von Betriebsräten bei Verhandlungen zum Abschluss von Betriebsvereinbarungen zum Arbeits- und Gesundheitsschutz verbinden.

Rolf Gehring

BDA: Bundesregierung soll bei TTIP mit einer Stimme sprechen.

BDA, Mo., 29.8.16 – Zur Diskussion um das Transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP) erklärt Arbeitgeberpräsident I. Kramer:

„Ich begrüße, dass Bundeskanzlerin Merkel bei TTIP Flagge zeigt und den richtigen Kurs für den Exportstandort Deutschland vorgibt.“ Es muss sowohl mit den USA als auch mit Kanada strategisch im Interesse der deutschen und europäischen Arbeitsplätze verhandelt werden. Die Exportunternehmen dürfen nicht durch politische Taktiken und unterschiedliche Äußerungen ins Abseits gedrängt werden. Damit das erreichte Wohlstandsniveau langfristig gesichert werden kann, müssen die mit der zunehmenden Verflechtung der Weltwirtschaft verbundenen Herausforderungen an den Wirtschaftsstandort Deutschland auch angenommen werden. Aufgrund eigener, berechtigter Interessen muss die Wirtschaft gemeinsam mit der Politik weiter engagiert die Freihandelsabkommen zu einem guten Abschluss

bringen. Die Bundesregierung muss dabei mit einer Stimme sprechen.

Neuer BDI-Hauptgeschäftsführer hat Kanzleramtserfahrung.

BDI, Die., 16.8.16. – Dr. Joachim Lang (49) soll ab 1. April 2017 neuer Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) werden. BDI-Präsident Grillo sagte: „Mit Joachim Lang gewinnen wir eine in Politik und Wirtschaft exzellent vernetzte Persönlichkeit für den BDI. Joachim Lang ist derzeit Leiter der Repräsentanz der E.ON SE in Berlin, die er seit 2007 führt. Zuvor war der promovierte Jurist im Bundeskanzleramt zuständig für die Koordinierung der Europapolitik der Bundesregierung und – mehr als sechs Jahre – Koordinator für Bund-, Länder- und Europaangelegenheiten beim Ersten Parlamentarischen Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.“

Handwerk: Intensive Azubi-Betreuung. ZDH, Do., 1.9.16. – Jeder Ausbilder betreut im Handwerk durch-

schnittlich 1,6 Auszubildende. „Gerade die kleinen Handwerksunternehmen sind weit überdurchschnittlich ausbildungsaktiv“, heißt es im aktuellen KfW-Mittelstandspanel. Dabei liegt der Fokus auf Jugendlichen mit Hauptschulabschluss (43,5 %), gefolgt von Realschulabgängern (40 %), Abiturienten (12,5 %) und Schülern ohne Abschluss (3,5 %). In mehr als 50 % der Fälle werden erfolgreich Betrieb oder Beruf gewechselt, ein Achtel geht auf weiterführende Schulen und ein Fünftel nimmt eine Arbeitsstelle an. „Wenn Konflikte den Ausschlag für die Vertragslösung geben, müssen wir die Instrumente weiter verbessern und neue entwickeln an einem Tisch mit Politik und Gewerkschaften“, fordert der Handwerkspräsident. Die Handwerkskammern haben bereits eine Aktion zur Verbesserung des Ausbildungsmanagements der Betriebe gestartet. Wollseifer: „Wir wollen die Jugendlichen mitnehmen, die sich mit dem Lernen schwerer tun oder aus schwierigen Familienverhältnissen kommen.“

Zusammenstellung: rst

„Verfassungsklage dringend geboten“

Während die Versuche der CSU, in der Bundespolitik die CDU in der Flüchtlings- und Zuwanderungspolitik nach rechts zu drücken, große Aufmerksamkeit finden (allerdings vor allem unter dem Gesichtspunkt, schaffen die das, Merkel wegzuputschen), ist die gesetzgeberische Praxis in Bayern weniger im Blickpunkt der überregionalen Berichterstattung. Dabei hat der Vorstoß der Staatsregierung in München in Bayern beträchtlichen Widerstand ausgelöst. Anlässlich der ersten Lesung Anfang Juni im Landtag gab es öffentliche Protestaktionen. Jetzt zieht die Initiative gegen das geplante Gesetz eine Verfassungsklage in Betracht. Auf der Internetseite der Initiative (<https://integrationsgesetz.bayern>) findet sich dazu folgendes Interview

Der Entwurf des bayerischen „Integrationsgesetzes“ verstößt gegen die bayerische Verfassung und das Grundgesetz

Dr. Klaus Hahnzog, bayerischer Verfassungsrichter und ehemals Bürgermeister der Stadt München, spricht dem Entwurf des bayerischen Integrationsgesetzes die Verfassungsmäßigkeit ab. Nicht nur in einem Artikel verstoße es gegen die bayerische Verfassung und das Grundgesetz. Deshalb sieht Hahnzog neben dem Protest der Zivilgesellschaft eine Verfassungsklage als unbedingt geboten an. Zusammen mit Rechtsanwalt Hubert Heinholt bereitet der Jurist diese gerade vor. Dorothea Weniger sprach am 20. Mai für die DDS-Redaktion, der bayerischen Mitgliederzeitung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), mit ihm über die Hintergründe.

DDS: Herr Hahnzog, Sie arbeiten bereits jetzt an einer Verfassungsklage gegen das geplante bayerische Integrationsgesetz. Bisher ist das Gesetz aber noch gar nicht verabschiedet. Laufen Sie da nicht Gefahr, dass die Arbeit am Ende umsonst war?

Dr. Klaus Hahnzog: Die Verfassungsklage ist Teil des Widerstands. Es ist unsere Aufgabe, dass wir schon jetzt auf die Dinge hinweisen, die verfassungswidrig sind. Dies ist auch eine Erfahrung aus der Verfassungsklage, die wir damals gegen das bayerische Versammlungsgesetz in Karlsruhe angestrengt haben und bei der wir in wesentlichen Punkten Erfolg hatten. Außerdem ist die CSU so stur, dass ich davon ausgehe, dass sie den Entwurf auch als Gesetz durchziehen will.

Und warum möchten Sie gleich vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe klagen? Ist die Klage ge-

gen ein bayerisches Gesetz nicht beim bayerischen Verfassungsgericht besser aufgehoben?

Ich bin selbst Verfassungsrichter. Ich kenne die Stimmung am bayerischen Verfassungsgericht. Das Bestreben, dem bayerischen Landtag recht zu geben, ist dort schon sehr hoch. Das hat sich zuletzt bei der Frage nach dem Abstand von Windrädern gezeigt.¹ Außerdem verletzt das bayerische Integrationsgesetz, so wie es jetzt vorliegt, auch das Grundgesetz.

Welches sind denn die verfassungswidrigen Punkte im Gesetzesentwurf?

Das fängt beim Grundtenor des Gesetzes schon an. Es soll nach Meinung

Relevanz, sie gibt nur die Richtung an. In diesem Integrationsgesetz werden dann aber konkrete Folgerungen und Forderungen daraus entwickelt. So heißt es z. B. in Artikel 1 Satz 2, Ziel des Gesetzes sei es, Migrantinnen und Migranten „auf die im Rahmen ihres Gastrechts unabdingbare Achtung der Leitkultur zu verpflichten und dazu eigene Integrationsanstrengungen abzuverlangen (Integrationspflicht)“. Hier wird die Pflicht, sich zu integrieren, an einen nicht genau definierten Begriff gebunden. Dies verstößt gegen das Rechtsstaatsprinzip, denn damit ist der Willkür durch die Behörden Tür und Tor geöffnet.



des Gesetzgebers das Prinzip des „Förderns und Forderns“ verfolgen, nur ist das „Fördern“ im Gesetz kaum zu erkennen. Auch fehlt die Zusage, dass Migrantinnen und Migranten politisch partizipieren und das Zusammenleben der Menschen in Bayern aktiv mitgestalten können. Dafür ist das Prinzip des „Forderns“ bis ins Detail ausformuliert. So weit, dass es in die Lebensführung des Einzelnen eingreift. Dies verletzt aber die Grundrechte des Menschen und ist damit verfassungswidrig.

Zentral dabei ist der nicht näher bestimmte Begriff der „bayerischen Leitkultur“, der zwölf Sätze der Präambel ausmacht, wobei eine Präambel – ein Gesetzesvorspann also – eigentlich nur Verfassungen vorbehalten ist. Eine Präambel hat keine juristische

¹ Der Bayerische Verfassungsgerichtshof hat am 9. Mai 2016 die Klagen der Vertreter*innen der Klagegemeinschaft Pro Windkraft und der Oppositionsparteien gegen das bayerische Windkraftabstandsgesetz, wonach Windräder zehn Mal so weit von den nächsten Wohnhäusern entfernt sein müssen, wie das Windrad hoch ist, abgewiesen.

Nehmen Sie dann noch Artikel 13 „Achtung der Rechts- und Werteordnung“ und Artikel 14 „Unterlaufen der verfassungsmäßigen Ordnung“ und lesen Sie dazu die Begründungen. Beide Artikel und ihre Begründungen zielen auf Einschüchterung ab. Damit erfüllen sie nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts den Tatbestand der „Einschüchterungswirkung“, der ebenfalls verfassungswidrig ist. Dazu vielleicht ein praktisches Beispiel: In der Begründung zu Artikel 13 heißt es u. a.: „Die Ablehnung des staatlichen Gewaltmonopols kann sich dabei insbesondere in grob ungebührlichem Verhalten gegenüber Einsatzkräften äußern.“ Was bedeutet „grob ungebührliches Verhalten“? Plakate kleben, Diffamierungen aussprechen? Stellen Sie sich nur folgende Situation vor: Ein Einheimischer setzt sich für die Rechte der Kurden in der Türkei ein und die türkische Regierung hält dies für „ungebührlich“. Was dann?

In beiden Artikeln steckt dann auch noch der Tatbestand der „Täuschung“:

Das Integrationsgesetz bezieht sich nämlich gar nicht ausschließlich auf Migrantinnen und Migranten, wie sein Titel vorgibt, sondern in einzelnen Artikeln auf alle Einwohnerinnen und Einwohner in Bayern.

Meinen Sie, dass diese Punkte ausreichen, um das Gesetz zu kippen?

Es geht ja noch weiter: Nehmen Sie z. B. die Begründung zum Artikel 10 „Rundfunk und Medien“. Dort heißt es: „Die Vorschrift stellt keine Erweiterung des Programmauftrags der Medien dar, sondern soll sie im Rahmen der allgemeingesellschaftlichen sowie ihrer eigenen Verantwortung für ein pluralistisches Programmangebot ermuntern, die genannten Aspekte in ihren Sendungen und Beiträgen nach Möglichkeit verstärkt zu berücksichtigen.“ Ein Gesetz, das „ermuntert“, ist schon sehr seltsam. Aber nicht nur das. Auch dieser Artikel 10 entbehrt jeder Verfassungsmäßigkeit.

Artikel 17 a des Gesetzes setzt dann auch noch die Schulpflicht für Kinder, die sich mit ihren Eltern in „beson-

deren Aufnahmeeinrichtungen“ befinden, aus. Dies verstößt nicht nur gegen die bayerische Verfassung, sondern auch gegen das Grundgesetz.

Der gleiche Artikel sieht auch auf kommunaler Ebene, also bezüglich der Gemeinde-, Landkreis- und Bezirksordnungen, Änderungen vor. In der Begründung dazu heißt es dann: „Die Vorschrift ... soll den Kommunen nach eigener Einschätzung und Entscheidung die Möglichkeit geben, ihre kommunalen Einrichtungen – wenn gewünscht – verstärkt davor zu bewahren, dass sie von ausländischen Mitbürgern aus Unkenntnis entgegen den üblichen Sitten und Gebräuchen zweckentfremdet werden.“ Dies bedeutet in der Praxis, dass die Beschäftigten in Schwimmbädern, Bibliotheken usw. nach dem Aussehen entscheiden sollen, ob jemand „ausländischer Mitbürger“ ist oder nicht.

Halten Sie dies für faschistoid?

Ja. Vor allem auch deshalb, weil diese Sequenz ausschließlich als Mittel des Forderns eingesetzt wird.

Nehmen wir an, das Integrationsgesetz wird so im Landtag beschlossen. Wie lange wird es dauern, bis das Bundesverfassungsgericht dessen Verfassungsmäßigkeit geprüft und ein Urteil darüber gefällt hat?

Das Bundesverfassungsgericht hat die Möglichkeit, sehr schnell eine „einstweilige Anordnung“ zu erlassen. Dies geschieht zwar selten, wurde aber bei der Klage gegen das bayerische Versammlungsgesetz gemacht, weil das Gesetz ansonsten sofort verfassungswidrige Auswirkungen gehabt hätte. Der nun vorliegende Fall ist ähnlich. Sollte das Gericht wieder so entscheiden, wäre das Gesetz gestoppt.

Welche Rolle spielt die Zivilgesellschaft in Ihrem Bestreben, vor das Bundesverfassungsgericht zu gehen?

Die Rückendeckung durch die Zivilgesellschaft brauchen wir. Es muss klar sein, dass ein breites Bündnis hinter unserer Klage steht.

Herr Hahnzog, vielen Dank für das Gespräch.

Seminarbericht

Vom Schottland- und Brexit-Referendum

Das dritte Berliner Seminar von transform! und Rosa-Luxemburg-Stiftung im vergangenen Juli stand unter dem Titel „State of affairs in Europe“. Das kurz zuvor (23. Juni) entschiedene Referendum in Großbritannien über den Verbleib in oder den Austritt aus der EU war ein heißes Thema der Diskussion. Fakten und sachliche Vorort-Kenntnis brachte der Vortrag von Dr. Jan Eichhorn (zur Person siehe Spalte Seite 23): „Scotland, the UK and the EU – Mobilisation, identities and the need for differentiation“ (Schottland, Vereinigtes Königreich und die EU – Mobilisierung, Identitäten und die Notwendigkeit zur Differenzierung). Im Folgenden können den Überschriften des Vortrages folgend nur einige wenige der umfangreichen Untersuchungen vorgestellt werden – mindestens fünf Umfragen lagen dem Vortrag zugrunde, die vom ESRC (Economic & Social Research Council) gefördert wurden und daher politisch unabhängig durchgeführt werden mussten. Für das Verständnis der Vorgänge in Großbritannien sei die Kenntnis dieser Untersuchungen und der Rückgriff auf die Ergebnisse als ergiebige Quelle empfohlen.

Einstellungen, Haltungen und Meinungen der britischen Öffentlichkeit im historischen Zusammenhang: eine veränderte Gesellschaft?

Umfragen im Vereinigten Königreich UK, die über einen langen Zeitraum, 1983 bis 2013 hinweg immer wieder durchgeführt wurden, zeigen eine Um-

kehr in der Einstellung der Befragten: sozialstaatliche Unterstützung, die bis Ende der 1990er Jahre als zu niedrig und daher als Hinderungsgrund für eine Teilhabe gesehen wurden, werden heute genau umgekehrt gesehen: die Sozialleistungen wären zu hoch und würden deshalb verhindern, dass die Menschen auf eigenen Füßen stehen möchten. Diese Trendwende wird unter dem Gesichtspunkt eines Wandels der Rechts-Links-Verortung in UK gesehen, wobei „links“ und „rechts“ in UK spezielle Bedeutung hat: u.a. „Wer ist Volkspartei?“ Es steht soziale Gerechtigkeits-Rhetorik der Einführung von tatsächlichen pragmatischen Besserungen gegenüber. Mit Einführung von z.B. kostenlosem Studium bei gleichzeitiger Abschaffung von anderen Dingen, die Ärmern zugute gekommen waren, hat sich die „linke“ Labour-Partei auf eine Mittelklasse zubewegt, was ihnen aber Vertrauen bei den Armen gekostet hat. Außerdem spielt bei der sozialen Ausdifferenzierung in Großbritannien im Vergleich zur Rest der EU die Bevölkerungsgröße und Geographie eine spezielle Rolle (in Schottland z.B. leben 5 Mio. Menschen, England 54 Mio., Wales 3 Mio., Nordirland 1,5 Mio.).

Die Erzählung aus Schottland: Nationalismus? Linke Ideen auf dem Vormarsch? Weitere Teilhabe?

Das schottische Referendum (18. September 2014) über den Verbleib von Schottland im Vereinigten Königreich hat sich in vielerlei Hinsicht von dem so-

genannten Brexit-Referendum grundsätzlich unterschieden. Der am meisten augenfällige und wohl am schwersten wiegende Unterschied war die lange Zeit vom Beschluss über das Referendum bis zu dessen Durchführung: mehr als zwei Jahre, die überaus effektiv genutzt wurden, währenddessen Cameron der Vorbereitung des Brexit-Referendums gerade mal ein Jahr gab. Die Entwicklung Schottlands seit 1999 – dem Datum der „devolution“, d.h. der Übertragung von partiellen Rechten an das schottische Parlament – zeigt einen steten Wandel in der Verortung der Wähler in der Parteienlandschaft, je nachdem, aus welchem Lager die Wähler kommen. Diese recht komplexe Untersuchen könnte man zusammenfassen, dass es eher um sachliche Fragen als um politische Heimat ging, wenn man die Einflussfaktoren für die Entscheidung im Referendum finden wollte: zum einen die Erwartungen über z.B. Entwicklung der Wirtschaft, Schottlands Stimme in der Welt, Ungleichheiten in Schottland, zum anderen Fragen wie nationale Identität oder eigene Finanzhoheit. Nach den Wahlen zum britischen Parlament 2015 hatte sich die politische Landkarte in Schottland noch einmal gewaltig verändert im Vergleich zu den Wahlen 2010:

Gewinn von Wahlkreisen (einfaches Mehrheitswahlrecht) bei den Wahlen zum britischen Parlament:

Partei	2010	2015
Labour	41	56

Liberal Democrats	11	1
Scottish National Party	6	1
Conservatives	1	1

Im Laufe der zweijährigen Kampagne für das Referendum hat sich die Stimmung so verändert, dass am als Ergebnis des Referendums der Verbleib von Schottland in dem Verbund des United Kingdoms stand.

Ein Erfolg der Kampagne war, dass die Quote der Wahlberechtigten, die sich definitiv an der Abstimmung beteiligen wollten, von ca. 60 auf über 90 % gestiegen war. Ein wesentliches Element für die wahrgenommene Partizipation der Wahlberechtigten waren die umfangreichen Bemühungen, die Kompetenz insbesondere der jungen Menschen, über komplexe politische Fragen Bescheid zu wissen und die Voraussetzungen und Folgen von politischen Entscheidungen abschätzen zu können. Das Absenken des Wahlalters auf 16 Jahre war eine Herausforderung, die – so Eichhorn – in vielerlei Hinsicht erfolgreich bestanden wurde und auch viel verändert habe (z.B. in Lehrplänen, Projekten). Mit der Kampagne zur Jugendmobilisierung konnten erreicht werden, dass viele begriffen haben, dass das Thema Einfluss auf ihr eigenes Leben haben werde. Die zwei Jahre der Referendumsvorbereitung wurden genutzt, um Lücken in der politischen Bildung zu schließen, und ganz wesentlich haben sich andere Akteure eingebunden (nicht nur von Parteien!) wie z.B. Scottish Youth Parliament, in welchem 16- bis 25-Jährige in einem Gremium ohne wirkliche Macht unter großer Beteiligung ihres Wahlvolkes agieren, oder auch das Wiederaufleben von „Townhall Meetings“, wir würden sagen: zivilgesellschaftlich organisierte Kampagnen und Diskussionen.

Im Gegensatz dazu die Erzählung aus dem restlichen Großbritannien unter Berücksichtigung von Repräsentation und Verpflichtung

Diese Vielfalt der Anstrengungen in der Vorbereitung des schottischen Referendums haben sich in der Vorbereitung des „Brexit“-Referendums nicht wiedergefunden. Diese beiden Referenden sind so also nicht zu vergleichen. Andere Fragestellungen und Möglichkeiten der politischen Bildung standen im Fokus.

Zwei Beispiele aus den Umfragen, die Eichhorn vorgestellt hat (eigene Übersetzung):

1. „Wie gut werden die Interessen des eigenen Landes in Diskussionen darüber, wie das Vereinigte Königreich

regiert wird, repräsentiert;	England	Schottland	Nordirland	Wales
Ziemlich bis sehr gut repräsentiert	48%	44%	25%	28%
Ziemlich bis sehr schlecht repräsentiert	52%	56%	75%	72%
Befragte (=100%)	3232	1459	540	1013

2. „Wie empfinden Sie den Anteil des eigenen Lands an den Ausgaben der britischen Regierung“:

	England	Schottland	Nordirland	Wales
Sehr fair	20%	21%	29%	9%
Ziemlich fair	37%	35%	33%	23%
Nicht fair	43%	44%	38%	68%
Befragte (=100%)	3406	1465	545	1059

Dies waren Umfragen vor dem „Brexit“-Referendum. Nordirland und Schottland hatten bekanntlich mehrheitlich gegen den Austritt aus der EU gestimmt – und es wird deutlich, dass es keine einfachen Antworten darauf gibt, welche Gründe in die Abstimmungsentscheidung eingegangen sind. Einerseits fühlen sich der Umfrage zufolge Schotten durch gesamtbritannische Regierungen nicht unbedingt schlecht repräsentiert, andererseits sehen sie sich schlecht beteiligt bei der Zuteilung der Ausgaben.

In den anderen Ländern des UK ist es ähnlich uneindeutig – für die amtierende Regierung unter Theresa May eine große Herausforderung, was das Vereinigte Königreich als politische Einheit betrifft.

Den Rahmen abstecken: Des EU-Referendum und dessen Aus- und Nachwirkungen

Die folgende Umfrage wurde 2015 durchgeführt:

„Meinung über die britische Langzeit-Strategie gegenüber der EU“:

	England	Schottland	Nordirland	Wales
EU verlassen	31%	22%	25%	28%
bleiben, aber EU-Macht/Einfluss reduzieren	43%	46%	43%	41%
Dinge belassen wie sie sind	16%	20%	18%	19%
bleiben, aber EU-Macht/Einfluss vergrößern	7%	8%	9%	7%
Nur ein einziges europäisches Parlament	2%	3%	5%	4%
Befragte (=100%)	3646	1457	549	1082

Das tatsächliche Abstimmungsverhalten 2016 (EU verlassen: England: 53,4 %; Schottland: 38 %; Wales: 52,5%; Nordirland 44,2 %) weist auf eine massive Stimmungsänderung hin.

Quer zu den Parteien hat sich eine Verschiebung ergeben, an die bis zum Abend des Wahlsonntags ernsthaft niemand geglaubt hat. Wohin die eigenen Wähler gegangen sind, wird die Parteien in Großbritannien noch eine Weile beschäftigen.

Eva Detscher

d|part und Jan Eichhorn

<http://politischepartizipation.de/index.php/de/>

„d|part ist ein gemeinnütziger, unabhängiger und überparteilicher Think Tank. Unser Ziel ist die Erforschung und Förderung verschiedener Formen politischer Partizipation. Wir geben Orientierung beim Erfassen und Verstehen von Bürgermeinungen und helfen, die Wünsche und Anforderungen der Bürger an Formen der politischen Beteiligung umzusetzen. Inmitten dieser Diskussionen und Entwicklungen wird über den tatsächlichen Zustand der politischen Partizipation vielfach allein spekuliert. Aktuelle Forschungsergebnisse zu den verschiedenen Dimensionen politischer Beteiligung fehlen oder werden in der politischen Praxis und im öffentlichen Diskurs nicht in Betracht gezogen.“

„Jan Eichhorn interessiert sich sehr für die Beteiligung junger Menschen an politischen Prozessen und analysiert, wie verschiedene nationale Umstände und Kontextfaktoren politische

Einstellungen in Mitgliedsstaaten der Europäischen Union beeinflussen. Dabei arbeitet er vorrangig mit komplexen quantitativen Methoden, die auf Ergebnissen großer, oft vergleichender, Sozialumfragen beruhen.

Jan hat das Ziel, empirische Erkenntnisse aus der akademischen Welt stärker in die Praxis und Diskussionen außerhalb von Universitäten zu bringen. Die umfangreiche, anwendungsorientierte Arbeit hat es Jan ermöglicht, vielfach staatliche Institutionen zu beraten. Dazu gehören Organisationen des schottischen und britischen Parlaments, der schottischen und britischen Regierung, sowie des Bundesministeriums für Bildung und Forschung in Deutschland. **Forschungsschwerpunkt:** Die Rolle politischer Partizipation in einem demokratischen Staat.

1918: Frieden und Demokratie, Rätebewegung, Frauenwahlrecht und Koalitionsfreiheit

All diese weltweit umlaufenden Ideen und Ziele blieben im kaiserlichen Deutschland Sache der Opposition und wurden erst mit dem Untergang des Reichs bestimmend, der zudem plötzlich kam und schnelle politische Antworten erforderte.

Die Hoffnung auf den Sieg enttäuscht

1918: Im fünften Kriegsjahr beklagte die Bevölkerung des Deutschen Reiches bereits viele Hunderttausende gefallener Soldaten. Dennoch wollte das Kaiserreich weiterhin einen „Siegfrieden“. Hoffnung schöpften die Herrschenden aus dem Raubfrieden von Brest-Litwsk und einer Offensive, die bis 60 Kilometer vor Paris führte: Aber der Krieg war verloren. Führungspersonal und Institutionen mussten nun die lange und verantwortungslos genährte Hoffnung auf den Sieg selbst widerrufen. Ihre Legitimation war dahin, die militärische Autorität zerbrochen.

Das Deutsche Kaiserreich entstand 1871 nach dem Sieg über Frankreich. Soldatischer Gehorsam und Opferbereitschaft waren Staatsraison. Als der kaiserlichen Marine am 22./23. Oktober befohlen wurde, in einer letzten Schlacht gegen die britische Flotte unterzugehen, weigerten sich die Matrosen, die Anker zu lichten. Nach Kiel verlegt, suchten und fanden sie Kontakt zu den Gewerkschaften, zur

USPD und zur SPD. Das Flottenkommando rief die Reichswehr zu Hilfe, aber die Soldaten verbrüdernten sich mit den Matrosen und Arbeitern. Am Abend des 4. November hatte sich der Aufstand durchgesetzt. In ganz Nordwestdeutschland bildeten sich Arbeiter- und Soldatenräte. Am Morgen des 9. November gab der letzte kaiserliche Reichskanzler Max von Baden auf Drängen Eberts den Thronverzicht Wilhelms II. bekannt. Am 11. November fügte sich die Regierung in Waffenstillstandsbedingungen, die eine Wiederaufnahme der Kampfhandlungen unmöglich machten.¹

Soldat = Mann

Mit der politischen Autorität des Kaisers und obersten Kriegsherrn war auch das Ansehen des Soldaten dahin. Von alters her verpflichtete die Tradition den Mann zum Schutz von Heimat und Familie und zum wenigstens notdürftigen Unterhalt der Seinigen. So stellten der Hunger der Heimat und die umfassende Niederlage an der Front auch die Unterordnung der Frau in Frage. Überanstrengung und Unterernährung zerrütteten das Vertrauen in das Leistungsvermögen der kapitalistischen Wirtschaft. Schließlich und nicht zuletzt ging auch die Treue

der Bauernschaft zu den Dynastien in Bruch. Denn die Bauernfamilie zieht den Nachwuchs nicht für das Schlachtfeld heran, sondern für den Acker.

Der Fall Bayern: Neue Ordnung entsteht als Basisbewegung

Der Untergang der alten und die Schaffung neuer Ordnungen ereignete sich zunächst in den Ländern und Regionen. So in der Landeshauptstadt München des Königreichs Bayern, die seit Jahrhunderten Residenz der Wittelsbacher gewesen war.

Für den 7. November 1918, dem ersten Jahrestag der Oktoberrevolution und vier Tage vor der Unterzeichnung des Waffenstillstandsvertrages, riefen in München SPD, USPD und die Freien Gewerkschaften zur Friedenskundgebung auf der Theresienwiese² mit anschließendem Marsch quer durch die Stadt zum Friedensengel am östlichen Hochufer der Isar. Ziele der Manifestation waren sofortiger Friedensschluss, Abdankung des Kaisers, Kronverzicht des deutschen Kronprinzen, eine Arbeitslosenversicherung und der Acht-Stunden-Tag. Im Gange dieser großen Aktion, eine Zeitzeugin spricht von „mindestens 250 000“, zogen Trupps von Aktivisten vor die Kasernen Münchens. Die Soldaten schlossen sich den Zielen der Demonstranten an. Noch in der Nacht zum 8. November konstituierte sich ein Arbeiter- und Soldatenrat, es floh der bayerische König Ludwig III. aus München und es proklamierte sich der Arbeiter- und Soldatenrat zur obersten Behörde „die provisorisch eingesetzt ist, bis eine endgültige Volksvertretung geschaffen werden wird“.³

Kombination von Rätebewegung und dem Beamtenstaat

Am 13. November erklärte Ludwig III. auf Schloss Anif (Österreich): „Nachdem ich infolge der Ereignisse der letzten Tage nicht mehr in der Lage bin die Regierung weiterzuführen, stelle ich allen Beamten, Offizieren und Soldaten die Weiterarbeit unter den gegebenen Verhältnissen frei und entbinde sie des mir geleisteten Treueides.“⁴ Die neue Macht und der alte Beamtenstaat wurden so zusammengespannt. Die „Provisorische Nationalversammlung“, vor der sich die Regierung Eisner zu legitimieren hatte, war ein kompliziertes Gebilde, in dem sich Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte mit den aus dem aufgelösten Landtag kommenden Fraktionen der Sozialdemokraten und der Bauernbündler sowie einzelnen Liberaler trafen.⁵ Die Ablösung dieses Provisoriums durch allgemeine Wahlen wurde mit Eile betrieben. Bereits am 5. Dezember erschien die Wahlproklamation mit dem 12. Januar als Wahltermin.

LESEEMPFEHLUNG: Christiane Sternsdorf-Hauck, Brotmarken und rote Fahnen. Frauen in der bayerischen Revolution und Räte-republik 1918/1919. Neuer ISP Verlag, September 2008. ISBN 978-3-89-900-130-3

Die 2008 neu aufgelegte und erweiterten Ausgabe der zum 70jährigen Jahrestag der Räterevolution in Bayern erstmals erschienen Edition zeitgeschichtlicher Dokumente erschließt die Bedeutung von Personen und Verbänden der Frauenbewegung für die entstehende Demokratie, denn auch innerhalb der demokratischen und revolutionären Bewegung waren Aversionen gegen die soziale Gleichstellung der Frauen zu bekämpfen:

„Bezeichnend ist auch das Protokoll einer Sitzung des Soldatenrates: ‚Unterleitetner (Minister für soziale Fürsorge): ‚Die Frauenarbeit soll ebenfalls geschützt sein.‘ Zuruf: ‚Am besten wäre ja die Abschaffung der Frauenarbeit‘. Rufe: ‚Sehr richtig!‘“ (S. 38)

Auch die politischen Gleichheit der Geschlechter wurde angefochten, z.B. im Entwurf eines Gesetzes über die Bildung von berufsständischen Räten, die die breite Masse der Frauen vom aktiven und passiven Wahlrecht zu den Arbeiterräten ausschlossen:

„Von der Ausübung des Wahlrechts sind ausgeschlossen: 1. (...) 2. Familienangehörige, die ausschließ-

lich oder vorwiegend im Haushalt der eigenen Familie beschäftigt sind.“

„Die Frauen werden von der Wahl nicht grundsätzlich auszuschließen, jedoch nur so weit zu berücksichtigen sein, als sie nicht bloß im Haushalte, sondern in wirtschaftlichen Betrieben tätig sind“ (S. 49)

Die Bedeutung der Frauenverbände belegt die Liste der acht Frauen, die trotz solcher Widerstände unter die 256 Mitglieder des „Provisorischen Nationalrats Bayern“ vordrangen:

Hedwig Kämpfer, Kaufmannsgattin (Landesarbeiterrat/Revolutionausschuss);

Aloisia Eberle, Verbandssekretärin (Ortskartell der Christlichen Gewerkschaften Münchens);

Helene Sumper, Hauptlehrerin a. D. (Bayrischer Lehrerinnenverein);

Marie Sturm, Bezirksoberlehrerin (Verein katholischer bayrischer Lehrerinnen);

Luise Kieffebach, Vorsitzende des Hauptverbandes bayrischer Frauenvereine (Rat geistiger Arbeiter);

Emilie Maurer (Sozialdemokratischer Frauenverein);

Rosa Kempf, Studiendirektorin a.D. (Hauptverband der bayrischen Frauenvereine);

Anita Augspurg (Verein für Frauenstimmrecht). (S. 47)



Die Rätebewegung unterliegt bei den parlamentarischen Wahlen

Nach den Vorstellungen Eisners sollte das Nebeneinander von Räte- und repräsentativer Demokratie letztlich in ein verfassungsrechtlich geordnetes Verhältnis gebracht werden. Das am 4. Januar in Kraft gesetzte „Staatsgrundgesetz“ deutet diese Perspektive aber nur vage an. Es zeigen sich schon die politischen Kräfteverhältnisse, die sich dann bei den Wahlen am 12. Januar herausstellten. Die Partei des provisorischen Ministerpräsidenten Eisner, die USPD, erzielte lediglich 3,5% der Stimmen. Auf dem Weg zum Landtag, wo er seinen Rücktritt erklären wollte, wurde Kurt Eisner von Graf Arco auf Valley ermordet. Im Gegenzug kam es zu einem Anschlag im Landtag, dem zwei Menschen zum Opfer fielen und der Führer der SPD, Auer, schwer verletzt wurde.

Verzweifelter Kampf ums politische Überleben – die Niederlage und was blieb

Damit war die Chance dahin, durch repräsentative Demokratie geordnete Staatsverwaltung und Rätebewegung unter einen Hut zu bringen. Die auf dem Feld der parlamentarischen Wahlen weit unter dem Wert ihres sozialen und kulturellen Einflusses geschlagene

ne Bewegung sah ihre politischen Erregenschaften von Annullierung und ihr Personal von Mord und Totschlag bedroht. Sie wehrte sich verzweifelt. Dass sie im Kampf um die politische Macht unterlag, kann den Blick auf ihre strukturierende Kraft verstellen.

Erstens gelang die Verbindung der Forderung nach politischer Demokratie – d.h. Kontrolle des Staatsapparates – mit der Idee der ohne Unterschied der Geburt, der Religion, der Geschlechtszugehörigkeit gleichen Menschenrechte, die im allgemeinen gleichen aktiven und passiven Wahlrecht ihre politische Form findet.

Zweitens wurde der Zusammenhang von repräsentativer Demokratie und Koalitionsrechten thematisiert. Gescheitert ist der Versuch, Interessenverbänden in der politischen Verfassung einen Platz einzuräumen. Geblieben ist die rechtlich gesicherte Koalitionsfreiheit, die es möglich macht, individuelles Elend als soziale Frage an die Öffentlichkeit und an das politische System zu adressieren. Der Nutzen für den Kampf um die Rechte Lohnabhängiger und die umfassende Gleichstellung der Frau sind gesichertes politisches Wissen geworden.

Martin Fochler, München

Proklamation. Vollstgenossen!

Am nach jahrelanger Vernichtung aufzu-
bauen, hat das Volk die Macht der Zivil-
und Militärbehörden gestürzt und die Re-
gierung selbst in die Hand genommen. Die
bayerische Republik wird hierdurch prokla-
miert. Die oberste Behörde ist der von der
Bevölkerung gewählte Arbeiter-, Soldaten-
und Bauernrat, der provisorisch eingesetzt ist,
bis eine endgültige Volksvertretung geschaffen
werden wird. Er hat gesetzgebende Gewalt.
Die ganze Verwaltung hat sich der Republi-
kanischen Regierung zur Verfügung gestellt.
Generalkommando und Polizeidirektion stehen
unter unserem Befehl. Die Dynastie Wil-
helbach ist abgesetzt.

Hoch die Republik!

Der Arbeiter- und Soldatenrat.
Kurt Eisner.

Proklamation der bayerischen Republik, München.

Lektüreempfehlung: Wir sind Gefangene.
Oskar Maria Graf. Erste Veröffentlichung
1927. Neuauflage im Verlag Ullstein.

„Es ist nichts umsonst gewesen.“

Oskar Maria Graf's Erzählung ist au-
tobiografisch. 1894 geboren in Berg am
Starnberger See, verbringt Graf Kind-
heit und die ersten Jahre seiner Jugend
auf dem Land. 1911 flieht er in die
Stadt, aus dem als zu eng empfundenen
Leben der familiären Backstube,
vor allem aber vor den nicht endenden
Gewalttätigkeiten des älteren Bruders.
Max hat nach dem frühen Tod des Va-
ters das Regiment in Backstube und
Haushalt übernommen. Auch Oskar
hat Bäcker gelernt und muss sich fügen.
Er ist ein aufmerksamer Beobachter
und träumt schon früh davon, sein Le-
ben mit Schreiben zuzubringen. Die
ersten Münchner Jahre hält er sich
mit Gelegenheitsarbeiten über Wasser.
Eine kleine Erbschaft macht Hoffnung.
Erste Veröffentlichungen gelingen. Er
findet Zugang zur Münchner Bohème
und zu politischen Kreisen um Erich
Mühsam. – Dann der Kriegsausbruch:
Mobilmachung Russlands. „Dann die
deutsche. Ein ungeheurer Ausbruch
von Jubel fieberte über die Straßen.
Alles hetzte. Zusammenrottungen ent-
standen, die Kasernen standen voll von
Freiwilligen“. Auch er muss Ende 1914
zum Militär und wird Anfang 1915 zum
Eisenbahnbau nach Ostpreußen kom-
mandiert, dann an die Ostfront. 1916
Lazarett und schließlich die Entlas-
sung: „Mit beharrlicher List hatte ich
mich vom Militär befreit.“ Zurück in
München: wie zu Einnahmen kommen?
– Schiebereien, Schwarzhandel, das
Auftun von Geldquellen. Graf berich-
tet erste aufkommende Kriegsmüdig-
keit. Der Hunger zieht ein. Er „drang
gewissermaßen auch in die Bezirke der
Wohlhabigeren, wurde Losungswort
an jedem Biertisch.“ – Hoffnung: Die
ersten Meutereien der Hochseeflotte.
Versammlungen der Unabhängigen:
Eisner spricht! Massenversammlungen
auf der Theresienwiese: „Herrgott, heu-
te ist ja ganz München da!“ Die Men-
schenmassen ziehen zu den Kasernen,
die Soldaten schließen sich an. Der Ar-
beiter- und Soldatenrat hält seine erste
Sitzung ab, der Kaiser dankt ab, der
Kronprinz verzichtet. Graf betrachtet
die Entwicklung eher skeptisch, ihm
geht es nicht weit, nicht schnell ge-
nug und schließlich wendet er sich ab:
„Nichts, gar nichts interessierte mich.
Bloß – leider wühlte rundherum der
Sturm.“ Das Ringen um Demokratie
und Räterepublik, dann die Nieder-
schlagung dieses mutigen Versuchs, die
grausame Verfolgung – Oskar Maria
Graf hat mit seinem Roman wertvolle
Beobachtungen hinterlassen.

Matthias Paykowski, Karlsruhe.

https://de.wikipedia.org/wiki/Oskar_Maria_Graf;
<http://www.oskarmariagraf.de/biographie-lebensdaten.html>



Um 1896: Augspurg und ihre Gefährtinnen vom Verband für Frauenstimmrecht, von links nach rechts: Anita Augspurg, Marie Stritt, Lily von Gizycki, Minna Cauer und Sophia Goudstikker.⁶ - Fotografie des Atelier Elvira, München.



Wahlberechtigt sind alle männlichen und weiblichen bayerischen Staatsangehörigen

1 Daten siehe auch: https://de.wikipedia.org/wiki/Erster_Weltkrieg. 2 Abb. oben, aus Fotografie und Revolution München 1918/1919, Stadtmuseum München 1989, 3 a.O. 4 https://de.wikipedia.org/wiki/Anifer_Erk%C3%A4rung 5 Geschichte des modernen Bayern, Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit 1994. 6 [https://de.wikipedia.org/wiki/Anita_Augspurg#/media/File:Anita_Augspurg_\(1896\).jpg](https://de.wikipedia.org/wiki/Anita_Augspurg#/media/File:Anita_Augspurg_(1896).jpg). Gemeinfrei. 7 siehe 5

Inhalt

Aktuelles

Kommunalwahl Niedersachsen: SPD und Grüne schwächer, Linke mit Zuwachs – Rechtsverschiebung des politischen Lagers • Aus gegebenem Anlass: Burka

Wahl Mecklenburg-Vorpommern:

Parteiensystem im tiefen Umbruch

Türkei: Erdogan und AKP-Regierung wollen sich der Opposition in Kurdistan entledigen

Aktionen ... Initiativen

Unverhältnismäßig und unzumutbar: Die neue „integrationsfördernde“ Wohnsitzauflage • Bündnis „CETA & TTIP stoppen! Für einen gerechten Welthandel!“ • Paritätischer bezeichnet Regelsatzpläne als „Affront“ • Aktionsbündnis gegen Aids fordert fairen deutschen Beitrag • Behörden leugnen institutionellen Rassismus in Deutschland • Klage wegen Fabrikbrand bei KiK-Zulieferer

Kriegsvorbereitungen ganz real auch in Mannheim12

Schweinfurt: Proteste gegen Schließung des Rathenau-Gymnasiums

Mannheim: Es führt kein Weg am kommunalen Wohnungsbauprogramm vorbei!

Köln: Keine Privatisierung der GAG!

Kommunale Politik

Wohnsitzauflage: Menschliche Härten vermeiden: Essen. • Linke & Piraten gegen Burkini-Verbot in Dortmund • Viele neue Wohnungen, zu viele falsche Wohnungen: Hamburg. • Die Linke.: Zahl der Obdachlosen in Lübeck fast verdoppelt. • Mehrkosten für Flüchtlingsunterbringung: Die Linke will anderen Kurs einschlagen. Köln. • Parlamentarischer Untersuchungsausschuss zu Ausbeutung und Sozialbetrug in Bremerhaven. • Finanzlage der Kommunen insgesamt verbessert – aber viele Risiken und die Probleme finanzschwacher Kommunen bleiben. Berlin.

Flexibel und fair: Das neue Arbeitszeitsystem bei Deutz Köln

Arbeitsgestaltung im Gebäudereiniger-Handwerk

Wirtschaftspresse

„Verfassungsklage dringend geboten“

Vom Schottland- und Brexit-Referendum

d|part und Jan Eichhorn

Kalenderblatt: 1918: Frieden und Demokratie, Rätebewegung, Frauenwahlrecht und Koalitionsfreiheit

Der Fall Bayern: Neue Ordnung entsteht als Basisbewegung
Leseempfehlung: Christiane Sternsdorff-Hauck, Brotmarken und rote Fahnen.
Frauen in der bayerischen Revolution und Räterepublik 1918/1919
Lektüreempfehlung: Wir sind Gefangene. Oskar Maria Graf.

Neu: Kritisches Handbuch zur Aufrüstung und Einsatzorientierung der Bundeswehr

Neu: Kritisches Handbuch zur Aufrüstung und Einsatzorientierung der Bundeswehr

Wer programmatische Orientierung zur bundesdeutschen Militärpolitik sucht, wird enttäuscht sein, wer eine ausführliche Materialzusammenstellung zur Entwicklung der Bundeswehr in den letzten 25 Jahren sucht, wird fündig werden im „Schwarzbuch Bundeswehr“, das von der Linksfraktion und der Rosa-Luxemburg-Stiftung herausgegeben wird. Die Autoren schreiben im Vorwort:

Heute steht die Bundeswehr „einer nie da gewesenen Parallelität und Größenordnung von Krisen und Konflikten gegenüber“, formuliert das im Juli 2016 erschienene Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr. Der Befund klingt dramatisch. Der Kunstgriff in der Formulierung: Die Bundesregierung tut so, als handle es sich um einen der Bundeswehr von außen aufgezwungenen Sachverhalt. Tatsächlich haben sich Kriege und Krisenherde der deutschen Armee nicht aufgezwungen. Seit rund 25 Jahren werden deutsche Soldaten systematisch in Kriege und Krisengebiete entsandt. Das Weißbuch hat die Aufgabe, diesen Kurs als alternativlos darzustellen.

Es entstand unter Federführung des Bundesministeriums für Verteidigung. Laut Eigendarstellung stellt es „das oberste sicherheits- und verteidigungspolitische Grundlagendokument der Bundesregierung“ dar und formuliert „das sicherheitspolitische Programm für die nächsten Jahre“.

Die Bundesregierung versucht im Weißbuch die Spuren zu verwischen, dass der Westen die neue Ost-West-Konfrontation aktiv herbeigeführt hat. Es war die EU, die der Ukraine ein Assoziierungsabkommen vorlegte, das den Bruch mit Russland zur Bedingung hatte – nachdem die NATO sich über zwanzig Jahre konsequent bis an die Grenze zu Russland vorgeschoben hat. Dies trug maßgeblich zur Schaffung einer Lage bei, in dem der Konflikt um den jeweiligen „Einfluss“ als militärischer Konflikt auf dem Gebiet der heutigen Ukraine geführt wird – von beiden Seiten.

Um im Konflikt mit Russland den Gegner als unheimlich erscheinen zu

lassen, wurde ein neuer Begriff erfunden. Moskau wende Methoden der „hybriden Kriegsführung“ an. Soll heißen: Der Kreml agiert heimtückisch, verfolgt undurchsichtige Interessen und bedroht uns alle. Der Westen hingegen erscheint stets als transparent, defensiv, wertorientiert.

Tatsächlich gleichen sich die Methoden im aktuellen Ost-West-Konflikt. Und sie sind auch keineswegs neu. Am Ende geht es auf beiden Seiten um sehr greifbare Dinge: um politischen Einfluss oder Kontrolle über Territorien oder Regierungen, um militärische Stärke, Waffen, Manöver, Militärhaushalte.

Das Weißbuch ist Teil der psychologischen Kriegsführung des Verteidigungsministeriums. Von der Leyen führt einen Kampf um die Köpfe. Das

vorliegende Schwarzbuch hat sich zur Aufgabe gestellt, dahinter stehende Motive und Interessen offenzulegen, und davon ausgehend die Strategien und Rüstungsvorhaben der Regierung darzustellen. Schließlich soll anhand historischer wie aktueller Beispiele deutlich gemacht werden, wie wir uns gegen einen neuen Militarismus wehren können.

Das Schwarzbuch wird gemeinsam herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Fraktion Die Linke im Bundestag. Die Autorinnen und Autoren: Jacqueline Andres, Christine Buchholz, Mario Candeias, Erhard Crome, Claudia Haydt, Thomas Mickan, Maria Oshana, Frank Renken, Rainer Rilling, Andreas Seifert, Ingar Solty, erschienen: September 2016

Inhaltsverzeichnis:
• 1990–2001: Umbau zur „Armee im Einsatz“
• 2001–2016: Vom Kampfeinsatz in Afghanistan zum „Krieg gegen den Terror“
• Bundeswehr: Armee im Wandel
• Die Bundeswehr in Deutschland
• Kampf um die Köpfe
• Aktiv gegen den Krieg
• Glossar

Die Broschüre kann als PDF-Datei bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung heruntergeladen werden.



Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint in vier Wochen am 13. Oktober 2016.

Redaktionsschluss: Freitag, 7. Oktober

Artikelvorschläge und Absprachen über pb@gnn-verlage.de.

Die weiteren Erscheinungstermine 2016:

10. Nov., 8. Dez.